

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Senthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das „Berliner Volksblatt“

empfehlte sich beim Monatswechsel dem Berliner Publikum und besonders den Berliner Arbeitern zum Abonnement.

Da in der nächsten Zeit das politische Leben in Deutschland speziell in parlamentarischer Beziehung immer lebhafter sich gestalten wird, so dürfte eigentlich in keiner Familie eine politische Zeitung fehlen.

Die zweite und dritte Berathung des Sozialistengesetzes, das Branntweinmonopol werden den Reichstag noch in aufregender Weise beschäftigen, während der preussische Landtag die Polenvorlagen in den Kommissionen und in den zweiten und dritten Lesungen zu erledigen hat.

Das „Berliner Volksblatt“ wird wie bisher ausführliche Berichte über die Verhandlungen des Reichstags und Landtags bringen.

Außerdem aber wird dasselbe ganz besonders der politischen und sozialen Bewegung im Deutschen Reich seine Aufmerksamkeit schenken.

Die speziell die Bevölkerung der Reichshauptstadt interessirenden Angelegenheiten wird das „Berliner Volksblatt“ nach wie vor in eingehender Weise behandeln.

Zu zahlreichem Abonnement beim Monatswechsel empfehlen wir

Redaktion u. Expedition d. „Berliner Volksblatt“.

Beiträge zur objektiven Beurtheilung des Sozialismus.

II.

Auch im Hinblick auf die reine Theorie und soziale Philosophie muß dem sozialistischen Ideenreichtum seine eigenthümliche Bedeutung, seine Wichtigkeit und sein Werth beigegeben werden. So namentlich insofern, als durch denselben der Anstoß zu einer vollständigeren, allseitigeren Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft, des Erwerbs- und Verkehrslebens der Völker gegeben und damit die Grundlage zu manch bedeutenden Ausbildungen in der Theorie, zu einer fruchtbareren Erweiterung des Forschungsgebietes der ethischen, politischen und ökonomischen Wissenschaft angebahnt wurde. Der sozialistischen Ideenbewegung hauptsächlich ist es zuzuschreiben, daß innerhalb der national-

ökonomischen Schulen die sogenannte „soziale Richtung“ festeren Fuß zu fassen vermochte; die Beziehungen des nationalen Reichthums zum Glücke und zur Wohlfahrt der Einzelnen schärfer ins Auge gefaßt, das konkrete Individualwohl, im Gegensatz zu dem abstrakten Gesamtwohl mehr betont und die lange mißachtete oder nicht genug gewürdigte Vertheilung und Repartition der sozialen Güter und des gesellschaftlichen Einkommens spezieller in Betracht gezogen und beachtet wurde.

Ebenso verdankt die nationalökonomische Literatur, wie die hervorragendsten ihrer Vertreter ganz unumwunden zugeben, den sozialistischen Theorien eine Reihe der glänzendsten und werthvollsten Bereicherungen. Die sozialistischen Theorien haben — besonders seit dem Auftreten Lassalle's und Karl Marx — bewirkt, daß die Nationalökonomien den großen Fragen über Pauperismus und Armenwesen, über die Bevölkerungs-Bewegung, über Arbeitslohn, Groß- und Kleinindustrie, Fabrikwesen und Maschinenindustrie, Steuern und Staatsschulden, Kredit und Assoziation etc., mehr Aufmerksamkeit zugewendet haben; daß die tiefgreifenden sozialen, ökonomischen und politischen Probleme der Gleichheit und Freiheit, der Harmonie und Ordnung von den Staatsgelehrten und Gesellschaftstheoretikern fester und allseitiger ins Auge gefaßt wurden, während zugleich die Nothwendigkeit der Beachtung der ewigen Prinzipien und Forderungen der Humanität und Gerechtigkeit, einer ausgiebigen Sozial-Gerechtigkeit durch die sozialistischen Lehren entschieden nahe gelegt wurden.

Und so muß denn auch „als ein bedeutsamer und charakteristischer Grundzug“ dieser Lehren der bezeichnet werden, daß sie im bewußten Gegensatz zu jener fatalistischen, blindgläubigen Gesellschaftstheorie und -Ökonomik, welche die Geschichte der Menschen, die nothwendigen Reformen äußerer Zustände sich ganz von selbst und ohne unser Zutun vollziehen lassen will, und den Menschen alle schöpferisch-gestaltende und umbildende Kraft und Fähigkeit abspricht, die Menschheit und die Gesellschaft über das Gegebene und Gewordene hinaus doch immer noch auf eine bessere ideale Zukunft hinweisen; daß sie das Selbstvertrauen des Menschen, die Macht, für etwas Besseres und Vollendetes mit Erfolg zu streben, fählen und fördern; daß sie endlich ihre Ziele und Strebpunkte nicht zurückverlegen in eine längst verflungenen, mit ihrem morsch und faul gewordenen Institutionen dahingeschlossene Vergangenheit, sondern in eine durch ununterbrochene Kultur und Anstrengung herbeigeführte Zukunft versehen. Ein großer, nicht unbedenklicher Irrthum, in welchem viele Anhänger des Sozialismus selbst sich

finden, ist der, daß sie in den sozialistischen Lehren ein fertiges und alsbald zu verwirklichendes System der Nationalökonomie oder der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung erblicken. In Wahrheit enthalten jene Lehren, nach Fichte's zutreffendem Urtheil, allgemeine leitende Ideen, die das in der Form liegende rechte Ziel zum ersten Male von einer neuen Seite, von der der Arbeit, uns vor Augen rücken.

Ein diesem Irrthum entgegengesetzter vieler Widersacher des Sozialismus ist der, zu glauben: die Verwirklichung der Theorien des Sozialismus werde nie erreicht werden. Diesem Irrthum gegenüber ist darauf hinzuweisen, „daß — wie Haecker in seinem „System der Volkswirtschaft“ bemerkt — man bei aufmerksamer Prüfung der modernen Kulturzustände die Ueberzeugung gewinnen müsse, daß wir in manchen Punkten dem reinen Sozialismus näher stehen, als dies vor hundert Jahren noch denkbar gewesen, wenn man insbesondere den Umstand beachte, daß in sehr vielen sozialen Einrichtungen, so z. B. in der Gemeinsamkeit des Volksunterrichts, der Wehrpflicht, in den vielen Aktiengesellschaften, Vereinen, Versicherungsanstalten, gemeinsamen Produktions- und Konsumtions-Unternehmungen, im Expropriationsrecht, der Armenunterstützungspflicht, im Fabrikbetriebe, in Arbeitsgenossenschaften etc. etc., gesunde Prinzipien des Sozialismus ihre theilweise Verwirklichung gefunden haben.“ — Unleugbar dringt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens das Gleichheitsprinzip siegreich vor. Wer ist in Stande anzugeben, wo seine Grenze ist? Mindestens muß ein vorurtheilsfreier Mensch den Ausspruch Schäffle's beherzigen: „daß mit dem Ertragsschlusse, es müsse die Unfreiheit der Volksmassen und das Recht der erblichen Herrschaft einzelner geistig und ökonomisch überlegener Klassen für immer aufrecht erhalten werden, der Emanzipationsanspruch des vierten Standes in der Gegenwart nicht abgeferligt werden könne; die staatsrechtlich zur Macht verbundene Gesamtheit, nicht eine einzelne Klasse sei die soziale Kraft zur Gesammterhaltung.“ — Diese in unserer Epoche schon mehr oder weniger herangebildete Sozialkraft ist für die Zukunft die berufene Erzeugerin und Hüterin des Rechts. Das oberste Machtinteresse ihrer Rechtspolitik liegt eben darin, alle Volksträfte sich entfalten zu lassen, d. h. die innern Daseinskämpfe so zu ordnen, daß Alle um die Existenz friedlich ringen müssen und im Kampfe nach dem Maß der persönlichen Tüchtigkeit, bei Gleichheit der Bildungs- und Kampfbedingungen, den Sieg und die höheren Kampfespreise davon tragen können.“ „Wir glauben“, sagt Schäffle an anderer Stelle, „daß dem gereinigten Sozialismus nach einer allerdings noch nicht bestimmbar Frist

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart

von Gustav Köffel.

„Bedroht — Dich — heute?“ rief ich in athemloser Spannung. „Wie konnte man das wagen — wer und wo?“ „Wo? Hier!“ sprach er voll Ingrimm. „Nicht mehr in meinem eigenen Hause bin ich sicher vor Angriffen, denn ich nichts entgegensehen kann, als stolze Verachtung. Meiner Todfeind, der natürlich auch der Deine ist, hat mir den Untergang geschworen. Zunächst arbeitet er auf meinen Ruin hin, auf meinen wirtschaftlichen Bankrott; und es bedauerte dieser Versicherung gar nicht einmal. Ich erkannte längst aus mancherlei Anzeichen, daß ich systematisch ruiniert werde, indem Jemand durch fortgesetzte Verleumdungen und Lügen meinen guten Ruf untergrub und meinen Kredit schwächte. Die Zeiten sind schlecht, und das erleichtert meinem Todfeind seine Arbeit.“

„Aber, Papa, entgegnete ich, gegen Lügen und Verleumdungen kann man sich doch wehren, zumal wenn man Denjenigen kennt, der sie verbreitet. Warum nimmst Du nicht die Gesetze in Anspruch?“

„Ge lachte bitter. „Die Gesetze!“ sagte er geringschätzend. „Es giebt so wohl Bergehen wie Personen, gegen welche selbst die Gesetze keinen Schutz gewähren. Aber laß uns jetzt darüber schweigen. Es genügt mir vorläufig, wenigstens Dich in Sicherheit zu wissen, und darum mußt Du fort.“

„Und Du?“ fragte ich besorgt.

„Ich bleibe hier“, entgegnete er fest. „Ich verteidige meinen guten Namen und meinen Besitzstand bis zum Aeußersten. Ich bin ein Mann und kann viel ertragen; Du sollst die Last meiner Sorgen auf Deine jungen Schultern noch nicht laden.“

„Ich widerstrebte natürlich und sagte, daß mein Platz an seiner Seite wäre, im Glück sowohl wie im Unglück,

im Kampf sowohl wie im Frieden. Aber was nützte mir das? Ich wagte schon viel, indem ich meinem Vater widersprach; auf meinem Willen zu beharren, wäre einfach unmöglich gewesen. Er duldete keinen Willen neben dem seinen, und so mußte ich mich fügen. Er suchte mich in jeder Weise zu trösten, versicherte mich, daß sein Leben nicht bedroht sei, daß es ihm jedenfalls gelingen werde, sich in seiner Stellung zu behaupten, und daß es nur meiner zeitweiligen Entfernung bedürfte aus Gründen, die mir nicht immer verborgen bleiben sollten. Ich sollte zu der Baronin nach Selchow, der ich aber nichts von unserer Unterredung verrathen sollte. „Sie würde sich unnützlich ängstigen“, sagte mein Vater, „und helfen könnte sie mir doch nicht.“

Ich mußte ihm meine Hand geben und ihm feierlich geloben, nichts von dem eben Gehörten an irgend Jemand zu verrathen; es wäre denn, daß er selbst mir die Erlaubnis dazu gäbe.

Inzwischen war es dunkel geworden. „So, und nun mache Dich fertig“, sagte er. „Nimm nichts mit Dir, als was Du am Leibe trägst und höchstens noch eine Kleinigkeit an Wäsche in jener Ledertasche, damit die Baronin nicht Fragen stellt, welche Dich in Verlegenheit bringen können. Du kommst zu ihr, wie Du schon so oft gekommen, aus alter Anhänglichkeit, um einer Luftänderung willen . . . was Du willst! Es gibt Gründe genug für Deine unerwartete Anwesenheit in Selchow, und willkommen bist Du dort immer.“

Das mußte ich selbst, und da es nicht weit war, wohin ich gehen sollte, ging ich mit leichtem Herzen, als ich es unter anderen Umständen gethan haben würde. Ich sagte mir, daß ich jederzeit rasch nach Hause gelangen könne, und daß ich aus meines Vaters Briefen erschen würde, wann es Zeit hierzu sei.

Mein Vater selbst wies mir den Weg, den ich gehen sollte, um möglichst ungesehen aus dem Hause zu kommen. Des Ferneren warnte er mich vor einem etwaigen Beobachter meiner Bewegungen außer dem Hause. Ich sollte mich zuvor überzeugen, ob Jemand in der stillen Gasse oder am Ausgang derselben lauern verweile und mir

folge. In diesem Falle sollte ich sofort wieder umkehren und etwa an mich gerichtete Fragen unbeantwortet lassen.

Ich versprach Alles, nahm einen rührenden Abschied von ihm und begab mich auf meine einsame Wanderung.

Den Schlüssel zur Gartenpforte, welchen er mir jetzt selber aushändigte, hatte ich schon öfter heimlich vom Brett genommen und benützt. Ich sollte nach seinem Willen nicht unbegleitet aus dem Hause gehen, oder doch den Wagen benützen. Das war sehr lästig und um das zu umgehen, wählte ich den Weg zu meinen heimlichen Spaziergängen durch die Gartenpforte. Ich fand mich auch jetzt von Niemandem beobachtet; nur Friedrich, der Kutsher, hatte mich über den Hof gleiten gesehen. Das machte aber nichts aus. Im Haus mußte man ja doch meine Abwesenheit bemerken, und es blieb meinem Vater überlassen, dieselbe zu erklären. Draußen zeigte sich absolut nichts Verdächtiges; und wie mein Vater befohlen, rief ich den ersten leeren Rietschwagen an, der mich dann nach dem Bahnhof brachte.“

Hier hielt Erna erschöpft inne.

„Schönen Sie sich“, mahnte Romberg. „Und wenn Sie sich jetzt erholt haben, lassen Sie mich Ihnen mit einigen Fragen zu Hilfe kommen, deren kurze Beantwortung genügt, um mir ein klares Bild von der Situation zu geben.“

Die Kranke nickte stumm, und Romberg wandte sich nach dem Fenster, um leise mit dem Gerichtsschreiber zu sprechen. Das Wichtigste wußte er nun, vorausgesetzt, daß Erna die Wahrheit sprach; zu dem Nachfolgenden konnte sie sich Zeit lassen.

Aus dem nun folgenden Verhör erfuhr Romberg, was wir aus den Aussagen der Baronin und von Ernas Flucht aus dem Schlosse bereits wissen.

„Ich mußte zu meinem Vater“, sagte sie zur Erklärung der letzteren, „noch ehe die Gefängnismauern sich trennend zwischen uns legten; aus seinem eigenen Munde wollte ich es hören, ob meine Verfolgung auch ein Werk unseres Todfeindes sei und ob ich auch ferner noch das mir auferlegte Schweigen bewahren müsse. Vielleicht mußte er gar nichts von diesem Gewaltakt, und wenn er Kenntniß davon hatte,

Nach Eintritt in die Tagesordnung werden eine Anzahl Naturalisationsgesuche geschäftsordnungsmäßig erledigt.

Berichterstattung über den Protest gegen die im 8. Kommunal-Wahlbezirk von der 3. Abteilung vollzogene Wahl eines Stadtorordneten. Berichterstatter ist der

Stadto. Horwig. Derselbe giebt eine Darstellung des durch die Zeitungen bereits veröffentlichten Ergebnisses der Untersuchung seitens des zu diesem Zweck gewählten Ausschusses, der, wie der Berichterstatter berichtet, mit Sachlichkeit und Strenge den vorliegenden Protest geprüft habe. Die erhobenen Vorwürfe seien theils zu allgemein, theils unwesentlich, theils unbegründet. Gewichtig seien nur zwei Einwendungen gewesen. Der eine gegen die Gültigkeit der Wahl vorgebrachte Grund sei der gewesen, daß ein Wahlvorsteher die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen seiner Fabrik unter Androhung der Entlassung aufgefordert habe, Sorge zu tragen, daß die Wähler für Herrn Bortmann stimmen möchten. Durch eine derartige Drohung könne die Wahlfreiheit in der That beeinträchtigt erscheinen. Aber auch dieser Vorwurf ermangele jeder näheren Begründung durch Angabe von zureichenden Beweismitteln, obgleich die Protesteherber sich bewußt sein mußten, daß derartige Angaben erwiesen werden müssen. Der Ausschuss war daher auch bei diesem Angriffspunkte nicht in der Lage, der angeführten Thatsache näher zu treten. Ein weiterer ernsthafter Einwurf sei in dem Proteste der gewesen, daß behauptet wurde, einem Unterbeamten, als derselbe für den Gegenkandidaten Videnbach gestimmt hätte, sei überlaut vom Wahlvorsteher zugesprochen worden: „Sie werden entlassen!“ und das zu einer Zeit, als viele Unterbeamte im Wahllokal anwesend waren. Der Ausschuss sei zu der Ansicht gekommen, daß die Aeußerung: „Sie werden entlassen!“ gleichbedeutend mit der Aeußerung: „Sie sind entlassen!“ sei, mit der Aufforderung, das Votum zu verlassen. Der Wahlvorsteher sei auch in keiner Weise in der Lage, einen Beamten, und noch dazu einen königlichen Eisenbahnbeamten, wie in diesem Falle, zu entlassen. Deshalb sei auch dieser Einwurf hinfällig. Der Ausschuss könne hiernach nur empfehlen, den Protest gegen die im 8. Kommunalwahlbezirk von der III. Abteilung vollzogene Wahl des Kaufmanns Bortmann zum Stadtorordneten für unbegründet zu erklären. Ueber die prinzipielle Frage, ob der Ausschuss alle Stadtorordnetenwahlen, d. h. diejenigen, gegen welche kein Einspruch erhoben ist, zu prüfen habe, sei man zu der Ansicht gekommen, daß eine Prüfung nur auf diejenigen Wahlen zu beschränken sei, gegen die Protest erhoben werde.

Von den Stadtorordneten Jmer und Genossen ist der Antrag eingelaufen, eine Prüfung aller Wahlen (so wie es der Reichstag thut) vornehmen zu lassen.

Stadto. Jmer erklärt sich zunächst mit dem Antrag des Ausschusses einverstanden und begründet sodann den eigenen Antrag. Die Stadtorordneten-Versammlung habe die gebieterische Pflicht, die Gültigkeit aller Wahlen von Amtswegen zu prüfen.

Stadto. Singer erklärt sich mit dem Antrage Jmer einverstanden. Die Stadtorordneten-Versammlung solle nicht auf das kleine Maß Arbeit verzichten. Es sei ganz klar, daß es bei den Wahlen eine Reihe von Vorkommnissen gebe, die zwar nicht Grund genug gäben, Protest gegen die Gültigkeit zu erheben, doch ein hohes Maß Ungerechtigkeit enthalten. Bei aller Vorliebe, das gute Einvernehmen zwischen Magistrat und Stadtorordneten-Versammlung nicht zu stören, sei es doch gut, gewisse Dinge vor das Forum der Versammlung zu bringen. Der Referent habe zwei Punkte besonders hervorgehoben. Der erste sei deshalb unerheblich, weil die behaupteten Thatsachen nicht unter Beweis gestellt worden seien. Es sei Sache derjenigen, die den Protest erheben, die Beweise, das Material zur Entscheidung zu liefern. Es wäre verfehlt, wenn Behörden und Körperschaften allgemein gehaltene Behauptungen zum Beweise führen sollten. Im Allgemeinen werde ja von allen Parteien auch im Reichstage anerkannt, daß Wahlbeeinträchtigungen, die auf die wirtschaftliche Nothlage spekuliren, auf das Schärfste zu verurtheilen seien. Abweichend von der Ansicht des Referenten sei seine (Redners) Ansicht über den zweiten erheblichen Punkt. Während auch ich der Ansicht bin, daß die im Protest behauptete Thatsache von Einfluß auf das schließliche Resultat der Wahl nicht sei, glaube ich doch, daß die Angelegenheit schwerwiegend genug ist, um Erhebungen zu veranlassen. Ich bestimme mich hierin in Einklang mit der Handhabung der Geschäfte in parlamentarischen Körperschaften. Wenn die im Protest enthaltene Behauptung, was ich nicht entscheiden will, richtig ist, dann ist der Wahlvorsteher weit über das Maß seiner Befugnisse hinausgegangen und es müßte Aemder seitens des Magistrates erfolgen. Auch im Ausschusse ist es anerkannt worden, daß der Magistrat durch unsere Diskussion Gelegenheit erhalten wird, unsere Anschauungen über diesen Punkt kennen zu lernen. Der Magistrat möge Erhebungen veranlassen und die betreffenden Wahlvorsteher auffordern, mit aller Unparteilichkeit zu verfahren. Wenn der Herr Referent diesen in der Kommission hervorgetretenen Anschauungen in seinen Worten Ausdruck verliehen hätte, würde ich es nicht erwähnt haben.

Stadtorordneter Löwe bemerkt zu dem Antrage Jmer, daß die Stadtorordneten-Versammlung das prinzipielle Recht, alle Wahlen zu prüfen, anerkenne, daß aber das bisherige Verfahren genüge. Die Diskussion wird geschlossen.

Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Der Antrag Jmer abgelehnt.

Bau einer Spreckbrücke im Zuge der Kaiser-Wilhelmstraße. (2. Berathung.) Nach kurzer Diskussion wird die Vorlage auf Antrag des Stadto. Meyer I einem Ausschusse der vom Vorsitzenden zu ernennen ist, zur Vorberathung überwiesen.

Herstellung einer Lazarethbaracke in der Waisenanstalt zu Kummelsburg. Die Vorlage wird auf Antrag des Stadto. Spinola an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückgegeben, dieselbe der Deputation für öffentliche Gesundheitspflege zur Vorberathung zu überweisen.

Bewilligung des Restes der Bausumme für die Central-Markthalle und die Zuführungsgelände erfolgt. Eine Anzahl Rechnungen werden dem Rechnungsausschusse überwiesen.

Zum Mitglied für das Erleuchtungs-Kuratorium wird der Stadto. Löwe mit 77 Stimmen gewählt. Der Stadto. Bellermand erhält 8 Stimmen.

Die Erwerbung des von dem Grundstücke Alexandrinenstraße 3/4 zur Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains wird nach dem Antrage des Ausschusses beschlossen.

Erweiterungen und Erneuerungen auf den städtischen Gasanstalten und am Rohrsystem in der Stadt. Die Anträge des Ausschusses werden angenommen.

Berathung des Stadthaushalts. Etat pro 1. April 1886/87. Kapitel I Abth. 1, Grundstücke in der Stadt, Abth. 2, ländliche Grundstücke, Abth. 3, Kalksteinbrüche zu Radersdorf, Abth. 4, Berechtigungen. Die einzelnen Anträge des Etats-Ausschusses werden nach unwesentlicher Debatte genehmigt. — Auch die Berathung des Kapitels V, Unterrichtsverwaltung — Abth. 1, höhere Lehranstalten für Anaben; Abth. 2, höhere Mädchenschulen; Abth. 3, Turnhallen; Abth. 4, verschiedene Einrichtungen für die höheren Lehranstalten — entbehrt des allgemeinen Interesses. Die einzelnen Anträge des Etats-Ausschusses werden angenommen.

Weiterpachtung der Chauffeegeldhebestelle zu Reinickendorf. Der Antrag wird genehmigt.

Der Verkauf des Restgrundstückes Gensstr. 2a und Badstr. 52 wird beschlossen.

Die übrigen Vorlagen entbehren des öffentlichen Interesses. Schluß 8 1/2 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Briefkasten der Redaktion.

H. D. Wiesenstr. Wenden Sie sich mit dem Antrage auf Strafausschub an die Kgl. Staatsanwaltschaft beim Landgericht I und fügen Sie ein ärztliches Attest bei.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Neelle Waare garantiert.

Reichhalt. Abendtisch. Zu jeder Tageszeit: Köstlicher Fisch, à Portion 25 Pf. Reichhaltiger kalter und warmer Frühstückstisch, sowie Mittagstisch v. 12 bis 2 Uhr, mit Bier à Rouvert 50 Pf.

Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter. Hermann Stramm, Restaurateur, Skalitzerstr. 18.

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112. Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin. Eigene Fabrik. Solide Preise. Prompte Bedienung.

Perl-Mocca-Kaffee, pr. Pfd. 55 Pf., derselbe gebrannt pr. Pfd. 70 Pf. Kaffee-Lagerei O. E. Arndt & Co., 104 Köpnickstraße 104, Ecke der Neanderstraße.

Aufruf zu einer Reform in der Kunst- und Malerei

durch eine „Unterrichtsschule“, welche die durch zerstörende Einflüsse der Kriegszeit des ersten Napoleon verloren gegangene und einst zu vollständiger Vollkommenheit entwickelte Kunsttechnik der alten Meister uns wiedergewinnen hilft! Geschehen ist in der Sache folgendes: In München, welches in Kunstangelegenheiten voranzureiten, hat ein durch Chemiker sekundiertes Fachblatt (M. Reim) die Schädlichkeit der modernen Farben aufgedeckt und bewiesen, daß sie in der modernen Kunsttechnik sich gegenseitig vernichten. Ferner ist auf Anregung des Herrn Ministers v. Gögler über eine bessere Promparation der Kalktaste durch den Münchener, Herrn Hauser, eine Abhandlung veröffentlicht, welche auch noch über die Firnisse u. s. w. berichtet. Von den Unterzeichnern dieses Aufsatzes ist nun in dem obigen Münchener Fachblatt das ganze Verhältniß der neuen zur alten Technik noch weiter ausgedehnt und darauf hingewiesen, daß ein günstiges Resultat nur durch eine wenigstens in einer der deutschen Akademien zu errichtenden „Klein-Kunstschule“ für die verloren gegangene Technik geschaffen werden kann. Er wendet sich deshalb jetzt folgendermaßen an den Herrn Minister v. Gögler: Einmalige Anschauung, daß hier schon Manches von einzelnen zur Verbesserung geleistet worden sei, mag im Allgemeinen zutreffend sein, allein zu einer gründlicheren Abhilfe reicht das Geleistete bei Weitem nicht aus. Die einzelnen Resultate müßten Sammlung finden und das könnte nur durch prinzipielles Zusammenwirken von Meilen geschehen. Es waren ja auch Jahrhunderte und das Zusammenwirken von tausenden von Künstlern und zwar Meistern erforderlich, um die Vollkommenheit jener alten Technik zu erreichen und daher wird es auch der Anstrengung vereinter Kräfte bedürfen, deren Wiedergeburt zu bewirken. Deshalb muß es wiederholtlich ausgesprochen werden: Nur durch den Centralpunkt einer Kunstschule ist eine Aenderung denkbar. Alles Uebrige würde in den Verhältnissen des Dilettantismus sich bewegen! Möchten mich Ew. Excellenz daher ganz klar sprechen lassen, gleichsam in der Weise, wie im Reichstag bei der Verteidigung einer deutschen That gesprochen wird. Erstens, wenn die Organe aus künstlerischen Kreisen, welche von Ew. Excellenz Kunst-Ressort Beamten verwendet, mit diesen in dieser Angelegenheit in den von Ew. Excellenz bezeichneten letzten anderthalb Jahren Ersparliches hätten leisten können, dann wären die Resultate andere, als wie sie es nach dem Münchener Flugblatt sind. Und doch sind die Aeußerungen dieses Blattes von großer Wichtigkeit, weil in München der Centralpunkt und das Haupt-Kampffeld ist. Zweitens. Es ist dem Unterzeichneten keinesfalls entgangen, daß man sich auch dort gänzlich vom Viebügel mit den modernen Farben trennen kann, daß man sich nicht losreißen möchte. Und dennoch ist das die einzige Rettung! Drittens. Wie ist es möglich zwei Felder überleben zu sollen, wenn man sich nicht auf die Grenze, den neutralen Standpunkt stellt, statt mitten in eigenen egoistischen Felde? Die sämmtlichen Maler sind ohne Ausnahme als Kinder der Neuzeit (von denen die meisten nicht einmal das Bewußtsein ihres „Dolus“ gegenüber der alten Kunst haben können) ohne

Begriff, daß die Alten die beiden Farbengruppen nie miteinander mischten, sondern die eine zur Untermauerung, die andere zur Uebermalung verwendeten! Daher wird auch das moderne Kunst-Ressort Ew. Excellenz nie die eigentlichen Thatsachen ausfinden können, denn die modernen Künstlerorgane, welche behufs Nachhaken demselben zu Gebote stehen, dürften kaum diese Thatsachen kennen; sie sind Partei und Richter in einer Person! Nur Antiquitäten-Händler alter Bilder und Restaurateure (A. Hauser) könnten eine Ahnung von der Sache haben. Im Uebrigen können aber die Restaurateure ebenfalls nicht in Betracht kommen, weil es sich hierbei um Künstler handelt, die eine Meisterschaft besitzen und eine zweite Meisterschaft in einer „verlorenen Kunsttechnik“ durch Unterricht erringen wollen, welcher nur in einer Kunstschule erteilt werden kann. Es ist also eine Schule für Meister nötig! Was Solches aber heißt, werden Ew. Excellenz erlauben, wenn dieselben bedenken, wie schwer ältere Leute von ihren Wohnorten lassen. Solche Leute sind in der Regel vollständig unfähig die Sache richtig zu erfassen; können also in den Ressort-Berathungen Ew. Excellenz auch nicht zur Seite stehen. Ich will hier gerne gestehen, daß ich selbst als junger Mann so sehr in den modernen Buss verfallen war, daß ich gegen den Meister, welcher der Wiedergeburt und Regenerator der alten Malerei für uns ungefähr 20 Schüler wurde, ja sogar gegen Fremde, welche er schon dafür eingenommen hatte, offen auitrat. Die Grafen Kaiserling, falls sie noch leben, werden sich vielleicht hieran noch erinnern. Die Leute abwendig zu machen, konnte ja dem Kaiser gegenüber nicht schwer fallen. Meine späteren Studien, namentlich meine Reise nach Italien überzeugten mich aber endlich, daß man mit der modernen Technik einem Land und sybaritischen Ueppigkeit in der Kunst nachjagt und daß der Vortrag, um den Kompositionsgedanken eines Kunstwerkes darzustellen, vollkommen genügend erscheint, wenn er in der Art der alten Meister vorgetragen wird. — Jetzt aber weiß man sogar nun noch bezüglich der neueren modernen Malerei, was damals noch unbekannt war, daß die modernen Farben sich gegenseitig zerstören und zerstören, also auch den einstigen Ruhm aufstossen, wie z. B. Maler's Werke bezugen. Würde es aber nicht gerade für die deutsche Kunst besonders ehrenvoll sein, wenn von der deutschen Regierung eine Reaktion zum Guten bewirkt würde? Sicher wäre das der Fall, wobei noch ganz besonders in Betracht käme, daß es ein deutscher, ein Berliner Maler und Professor war, der zuerst als Reformator der Kunst in dem angebotenen Sinne aufgetreten ist. Möchten also Ew. Excellenz dieser so wichtigen Angelegenheit ein besonderes Interesse entgegenbringen. Es wäre dies schon deshalb wünschenswert, weil durch die Anerkennung dieser Reform jenem Meister, welcher sie gelehrt, die wohlver-

diente Benugthuung — wenn auch nach seinem Tode — zu Theil würde. Ich hatte gewiß keine Ursache, mich der Ehrerbietung zu schämen, welche ich im Auge zerdrückte, als ich ihn nach meiner Italien-Reise wieder sah und einen geistig gebildeten Mann fand. Ich bedachte damals, was ich selbst gegen ihn hätte anrichten sollen, zum Dank dafür, daß er mich unterrichtete. Er war nämlich von der abgesehen mediocrität Künstler-Aliquenshaft mit solcher Wuth angegriffen worden, daß, hätte er nicht eine Stütze an seinen hohen Verstand gehabt, er nach der längeren aus all der Aufregung entstandenen Krankheit wohl nie wieder seine künstlerische Arbeitsfähigkeit zurückgewonnen hätte. Er starb leider auch noch darauf. Das Eingreifen Ew. Excellenz würde also der deutschen Kunst zur Ehre gereichen und dem verstorbenen Meister würde dadurch ein Denkmal errichtet werden, welches zugleich zu einem Memento würde, uns von der sybaritischen, gleichgültigen Ueppigkeit-Nachfolge zu emancipiren. Ich habe daher die Maler müssen in einer Malerschule die „Technik der alten Meister“, die beiden Farbengruppen hinter einander zu gebrauchen lernen! Das heißt, sie sollen die sybaritisch-süßliche Farbengebung verlassen; sie sollen die Aehmung einer zerstörenden Kunstströmung verachten lernen, welche nur zu lange von der deutschen Kunst nachgeahmt worden ist. Wenn dieses geschieht, so wird sich die gebildete Welt in der Zukunft von dem weiblichen Judentum abwenden und das natürliche kräftige Brod wird ihr wieder schmackhaft erscheinen. Und auch für die unteren Klassen wird sich das kleine Sonnenkorn zu einem kräftigen Baum gestalten. Zum Schluß nun noch die Mittheilung, daß, wenn für die verlorene Kunst der alten Technik noch etwas gethan werden soll, es jetzt die höchste Zeit ist, bevor die Benigen, welche noch davon wissen können, aussterben oder unfähig zum Unterrichten werden. Ich gestatte mir, noch einmal darauf hinzuweisen, daß zunächst eine Unterrichtsschule erforderlich ist, wenn Reform geschaffen werden soll. Diesen Vorschlag glaubt der gebildete Unterzeichnete Ew. Excellenz unterbreiten zu müssen. In tiefer Ehrerbietung Herrmann Bethhold.

Gastow bei Spandau im Februar 1886. Ew. Excellenz dem Kultusminister Herrn v. Gögler.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Lucius, v. Stephan. Die zweite Beratung der Novelle zum Viehseuchengesetz mit den Amendements von Behr und von Adelmann wird fortgesetzt.

Abg. Wilbrandt vertritt als eigentlicher Autor den Antrag, der den Namen v. Adelmann trägt. Das bisherige Gesetz hat seinen Zweck nicht erfüllt und bedarf der Verschärfung. Während seiner Wirksamkeit hat die Sache an Ausdehnung gewonnen und man darf nicht fragen, ob man mit dem Interessensstandpunkt einer bestimmten Provinz oder einer einzelnen Gegend ausgehen; die Vorlage aber und der Antrag v. Behr haben hauptsächlich die Interessen der Provinz Sachsen im Auge, die auch dem Abg. Dasseibach und dem Minister Lucius am nächsten liegen. Das soll kein Vorwurf sein, sondern ist ganz natürlich, da in dieser Provinz die Untersuchung am meisten an Ausdehnung gewonnen hat, die Schwierigkeiten am größten waren, und die Vorlage veranlaßt haben. Die Vorlage geht von der richtigen Wahrnehmung aus, daß die Verbreitung der Seuche hauptsächlich durch Thiere gefördert wird, die nach Verlauf von 6 Monaten, also nach Aufhebung der Sperre, in den Handel kommen und daß die betroffenen Landleute nach der Absperrung die Thiere verkaufen, weil sie doch eine Anstreckung befürchten. Daraus folgt, daß die Absperrungsfrist verschärft werden muß, verlängert, oder daß die Thiere, die nach 6 Monaten nach Anstreckung in sich tragen, getödtet werden müssen. Es soll vermieden werden, daß die Thiere, die gezeichnet sind und in den Handel kommen, unter Umständen in Ställen gehalten werden, wo sie aufs Neue anstecken. Aber jedes Kennzeichen kann durch ein anderes wieder unkenntlich gemacht werden. Es finden Kennzeichnungen statt für Thiere aus einer gewissen Gegend, Viehhändler zeichnen die Thiere, die sie gekauft haben und in andere Gegenden bringen; in Gegenden des Viehbezugs, wo Weiden vermietet werden, müssen die Thiere aus den verschiedenen Ställen gezeichnet werden, damit man sie im Herbst beim Verlassen der Weide wiedererkennt. Das tabuläre Schutzmittel würde nicht so teuer sein wie der Minister es berechnet, und selbst in diesem Fall würde die Landwirthschaft den sicheren Schutz gegen die Seuche gern bezahlen. Man sollte die Impfung nur dann verpflichtend einführen können, wenn die Besitzer damit einverstanden sind, und es wird unter keinen Umständen schwer sein, Landwirthe zu finden, die ihr Vieh zu solchen Versuchen willig hergeben. Gerade in der Provinz Sachsen ist man, wie der Minister gestern betonte, für Impfung sehr eingenommen. Für das dabei fallende Thier könnte eine Entschädigung gezahlt werden. (Beifall links.)

Abg. Robbe tritt für die Vorlage ein. Sein System ist: Tödtung des seuchekranken und seucheverdächtigen, sowie des anstreckungsverdächtigen Viehs in kleinen Herden; dagegen Impfung und Kennzeichnung des anstreckungsverdächtigen in großen Herden, wo die Tödtung zu große wirtschaftliche Verluste verursachen würde. (Beifalliges System.)

Abg. v. Schalscha erklärt, er sei bei der Einbringung der Vorlage ihr entschiedener Gegner gewesen, aber allmählich während der Kommissionsberatung zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Entwurf sehr wertvolles Material liefere; und er bedauere, daß es nicht möglich war, für die Hauptgesichtspunkte der Vorlage in der Kommission eine Mehrheit zu finden. So bitte er denn, wenigstens den, auch von ihm unterzeichneten, Antrag Behr anzunehmen. Der Antrag v. Adelmann sei entschieden zu weit.

Abg. Scipio ist für den Antrag Adelmann, der sich besonders gegen die obligatorische Impfung richtet mit ihren großen Gefahren für den Viehbestand Deutschlands. Daß da, wo die Viehhändler einwilligen, Versuche mit der Impfung unternommen werden können, sei sogar ausdrücklich im Antrage vorgegeben.

Minister Lucius: Es handelt sich bei dieser Vorlage nicht um ein provinzielles, sondern um ein gemeinsames deutsches Interesse. In demselben Verhältnis, wie die Judenwirthschaft, hat sich auch die Lungenseuche im Reich verbreitet. Länder, wie Schleswig-Holstein, Dänemark, Schweden, die früher ganz seuchenfrei waren, haben seit die Judenwirthschaft gebaut wird, bereits unter der Seuche gelitten.

Damit schließt die Diskussion. Beide Anträge sowie die Vorlage werden abgelehnt und die von der Kommission beantragte Resolution wird angenommen.

Das Zusatzkommen zum Weltpostvertrag von 1878 wird in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Gesetzes, betr. die Bürgerschaft des Reichs für die Zinsen einer ägyptischen Staatsanleihe, wozu die Kommission die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen beantragt. (Ref.: Mitte.)

Abg. Kacz (Zentrum) wünscht eine Erklärung des Bundesrats, daß es sich hierbei wirklich um hohe politische Interessen handle, oder doch, daß die deutschen Steuerzahler in keiner Weise materiell durch die Vorlage geschädigt werden könnten; sonst muß er gegen die Vorlage stimmen, die darauf, ohne daß vom Tische des Bundesrats eine Aeußerung erfolgt, mit großer Mehrheit angenommen wird. Einige Zentrumsmitglieder stimmen dagegen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Einführung der Verurteilung gegen die Urtheile der Strafkammern auf Grund der Vorschläge der Kommission, welcher seinerzeit der Antrag Reichensperger über denselben Gegenstand überwiesen war. Es sollen danach bekanntlich bei den Landgerichten besondere Strafverurteilungskammern gebildet werden, die in der Verurteilung von fünf Mitgliedern über die Verurteilung in Strafkammersachen entscheiden, während die Strafkammern selbst fortan nur mit drei Mitgliedern besetzt sein sollen.

Nachdem der Referent Abg. Spahn die Beschlüsse der Kommission empfohlen, erhält das Wort der Bayerische Bundesbevollmächtigte v. Kasser: Der Bundesrat hat, wie Ihr Bericht ausweist, die Wiedereinführung der Verurteilung abgelehnt, weil nicht dargelegt sei, daß die Verurteilung das geeignete Mittel sei, um den beim Strafverfahren hervorgetretenen Uebelständen abzuhelfen. Das war nicht der einzige Grund. Es kam hinzu, daß die Verurteilung mit dem Grundsatze der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens unvereinbar sei. Die überwiegende Mehrzahl der von den Berichten und Staatsanwaltschaften abgegebenen Gutachten hat den Nachweis geliefert, daß auch die in der Prozedur gemachten Erfahrungen diese Meinung nicht rechtfertigen. Ich kann sagen hätten sich

in anderen Staaten wirklich Uebelstände nach dieser Richtung hin gezeigt, so würde die bayerische Regierung trotz ihrer Bedenken der Verurteilung zustimmen. Allein auch die Gerichte und Staatsanwälte anderer deutscher Staaten haben sich dagegen ausgesprochen. Die öffentliche Meinung, auf welche die bayerische Regierung großen Werth legt, hat ebenfalls zu einer Aenderung des bisherigen Zustandes keinen Anlaß gegeben. Der Kostenpunkt ist für die bayerische Regierung nicht ausschlaggebend, ja überhaupt nicht von Gewicht, denn sie steht auf Seite derjenigen, welche als Instanz nicht die Strafkammern bei den Landgerichten, sondern bei den Ober-Landesgerichten will, eine Konstitution, die unter allen Umständen ihrer zu stehen kommt, als die Verurteilungskammern bei den Landgerichten.

Königlich württembergischer Bundesbevollmächtigter v. Schmidt erklärt, daß er sich im Wesentlichen den Ausführungen des Referenten anschließen kann. Man hat auf die Verurteilung gegen die Urtheile der Schöffengerichte hingewiesen. Aber bei der Unvollkommenheit der Befugnis dieser Instanz und bei der dem Ausschluß einer Voruntersuchung wird die Verurteilungskammern hier zu einer Nothwendigkeit. Auch war es für die Einführung der Verurteilung gegen die Urtheile der Schöffengerichte von Bedeutung, daß die Konstitution der Verurteilungskammern hier nicht zu Schwierigkeiten führte. In Württemberg war die Verurteilung schon mit der Strafprozedur vom 1. Februar 1869 eingeführt. Welche Vorentscheidungen haben wir nun in dem Decennium bis 1. Oktober 1879 gemacht? Es sind keinerlei Mißstände hervorgetreten, keine nennbaren Klagen sind in der Presse laut geworden. Dagegen ist durch eine Ertragung Konstatir, daß sämtliche Vorsitzende der Strafkammern sich dahin ausgesprochen, es habe der Ausschluß der Verurteilung in keiner Weise zu Besonderen Veranlassungen gegeben. Auch ein hervorragender Rechtsanwalt hat sich dahin ausgesprochen, daß die Wiedereinführung kein Fortschritt sondern ein Rückschritt sei. Die Wünsche nach Wiedereinführung der Verurteilung werden zurückgeführt auf die Unvollkommenheit der Handhabung der Prozedur; allerdings ist das Ermittlungsverfahren nicht genügend. Auch wird eine zu große Sparsamkeit beobachtet in der Anordnung der Voruntersuchung und Verteidigung. Wenn hier Remedur geschaffen wird, so werden die Klagen über die Befreiung der Verurteilung bald verschwinden.

Seh. Regierungsrath von Penthe: Im Kommissionsbericht ist darauf hingewiesen, daß in Preußen vom 1. Januar 1880 bis zum 1. Januar 1885 in Angeklagten 4577 Anträge auf Voruntersuchung gestellt sind, von denen 4577 abgelehnt wurden. Daran ist der Satz geknüpft, daß von der Voruntersuchung überwiegend im Interesse der Anklage Gebrauch gemacht werde. Nun ergibt sich aber, daß in dem Reich die Verhältnisse ganz ähnlich liegen. Im Jahre 1881 sind im Reich 1621 Anträge auf Voruntersuchung gestellt, abgelehnt, 1308, 1882 wurden 1339 Anträge gestellt, 1105 abgelehnt, 1883 wurden 1032 Anträge gestellt, 848 abgelehnt, 1884 wurden 1157 Anträge gestellt, 1125 abgelehnt. Hier stellt sich also dasselbe Verhältnis entgegen. Es ist nichts, was zu Ungunsten Preußens spricht. Eine große Anzahl von Anträgen auf Einleitung der Voruntersuchung wurde abgelehnt, weil der Antrag gestellt war, aus § 199 der Strafprozedur, und weil nicht erhebliche Gründe für die Einleitung der Voruntersuchung sprachen. Daraus ergibt sich, daß der Antrag erst gestellt werden kann, wenn das Gericht die Entscheidung über die Einleitung des Hauptverfahrens bereits getroffen hat, eine Voruntersuchung also nicht mehr für nöthig hält, weil im Vorverfahren Alles geschehen ist, was die Unschuld des Angeklagten beweisen könnte.

Um 4 1/2 Uhr die weitere Beratung vertagt bis Sonnabend 12 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom 26. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: von Gögler, v. Boetticher und Kommissarien.

Die erste Beratung des Gesetzes über die Anstellung der Impfarzte in der Provinz Posen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf (Ebersfeld): Es handelt sich hier in erster Linie um ein politisches Gesetz. Wer in Polen eine politische Frage leugnet, wird dasselbe ohne Rücksicht auf seinen materiellen Inhalt a limine ablehnen. Wer aber die Regierung bei ihren germanisirenden Bestrebungen unterstützen will, wird die Vorlage als Vorläuferin eines allgemeinen Gesetzes sachlich prüfen. Es ist zu bedauern, daß die Regierung diese wichtige Angelegenheit nicht getrennt von der Polenfrage für die ganze Monarchie behandelt hat. So muß man sich mit der Regelung der wichtigsten Impffrage für eine Provinz begnügen. Bei der verantwortlichen Stellung der Staatsregierung für die Durchführung der Zwangsimpfung erwächst ihr die Pflicht einer sorgfältigen Ueberwachung des Impfgeschäfts. So rechtfertigt sich auch der Erlaß dieses Gesetzes. Ueber die Festlegung der Impfgelder ist in der Vorlage nichts gesagt. Ich beantrage, das Gesetz einer Kommission zu überweisen. (Beifall.)

Abg. Kantak: Dieses Gesetz gehört zu den Ausnahmengesetzen gegen die Polen. Man sollte meinen, daß die Polen in Polen sich der Impfung widersetzen oder daß die dortige Lympe nicht gut wäre und eine brandenburgische oder pomeranische Lympe eingeführt werden soll. Impfen polnische Aerzte vielleicht deutschen Kindern polnische Gefinnung ein? Gaben sie hochverrätherische Gefinnungen? Warum schließt denn die Regierung Westpreußen und die Kasubien aus? Diese Vorlage enthält eine Beleidigung für die polnischen Aerzte und die Kreisstände und entspricht gar nicht den Wünschen der deutschen Bevölkerung Posens und der deutschen Aerzte. Nennen Sie diese Maßregel wie sie wollen, politisch oder national, für uns ist sie ein Ausnahmefall.

Abg. Dirichlet: Ich sehe dieser Vorlage womöglich noch unympathischer gegenüber, als den übrigen. Was sollen denn die Polen jetzt noch thun? Grundbesitzer sollen sie nicht sein, Richter erst recht nicht, Staatsanwälte auch nicht, Aerzte auch nicht, nicht einmal Chauffeur-Arbeiter, dann machen sie den deutschen Arbeitern Konkurrenz. Wie steht es denn überhaupt mit der polnischen Agitation der Aerzte und Rechtsanwält? Oft gilt schon der Ausdruck seiner politischen Meinung und die Ausübung seiner politischen Rechte für Agitation. Wer soll denn diese Rechte vertreten, wenn nicht diejenigen, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger haben? Etwa die Landräthe! Der Reichskanzler meinte, nur die Grundbesitzer wären die Schlimmen, nicht die Bauern und der Mittelstand. Dieser hat sich nun auch besseren Erwerbszweigen zugewandt und damit zur Gehung der Kultur beigetragen. Es wäre unvirthschaftlich und kulturfeindlich, diesem Bürgerthum einzelne Berufsarten zu verschränken. Es ist doch nicht Aufgabe der Aerzte zu germanisiren, sondern die Menschen gesund zu machen. (Zustimmung.) Wir stehen hier wieder vor einem Korruptions- und Protek-

tionssystem der schlimmsten Art. (Sehr richtig.) Entweder der Staat verstaatlicht und nehme den Kommunen auch die Kosten, oder aber man lasse den Kommunen auch ihr bisheriges Recht. (Beifall links.)

Abg. Dr. Birchow: Die Motive des Gesetzes gehen von einem Bundesratsbeschlusse vom 18. Juni 1885 aus, demzufolge die Bestellung der Impfarzte durch die Staatsbehörde erfolgen, das öffentliche Impfgeschäft vorzugsweise den deamten Aerzten übertragen werden und die Remunerationen der Impfarzte der Bestätigung der Staatsbehörde bedürfen sollen. Darnach müßte man doch eigentlich einen solchen Beschluß und mittheilen; es ist dies nicht geschehen. Wie kommt überhaupt der Bundesrath dazu, sich weiter mit der Ausführung des Impfgesetzes in den Bundesstaaten zu befassen? Ich kann dafür in meinem mangelhaft juristisch entwickelten Wissen (Heiterkeit) keine Handhabe im Gesetze finden; noch viel weniger dafür, daß man gerade die Provinz Posen wie ein erobertes Land mit besonderen Maßregeln bestrafen will. Die Motive sind nicht ausreichend, um die Dringlichkeit zu erkennen, und ich halte so lange zurück, bis die Regierung mit einem allgemeinen Gesetze erscheint, welches gestattet, das beste Material für Ausführung des Impfgesetzes überall zu suchen, mag es unter Aerzten polnischer oder deutscher Nationalität sein. (Beifall links und im Centrum.)

Abg. v. Schorlemer-Misk: Meine Bedenken sind durch die Ausführungen des Ministers nur vermehrt worden. Hat man eingesehen, daß es ein Fehler war, das Impfen freizugeben, so möge man ein allgemeines Gesetz geben, aber nicht ein einseitiges, wie dieses, sonst kommt man nothwendig auf den Verdacht, es lägen politische Motive vor. Fehlt es an guter Lympe, so gebe man ein Gesetz, welches dafür sorgt. Seien Sie doch versichert, daß Sie durch eine solche Vorlage den Polonismus erst recht inflammiert. (Sehr wahr! im Centrum und bei den Polen.) Mir ist Eines sehr bezeichnend, nämlich das Freubengeschrei der Wucherer und Jodler für all' diese Gesetze. Meine Herren, ich glaube, die Leute mittem Morgenluft. (Beifall im Centrum und bei den Polen. Heiterkeit.)

Das Gesetz wird, entgegen einem Antrage v. Schorlemer auf zweite Beratung des Gesetzes im Plenum, an die für die beiden Schulgesetze gewählte Kommission verwiesen.

Rumkehr wendet sich das Haus zur ersten Beratung des Gesetzesentwurfes, betreffend die Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Die Temperatur der Vorlagen ist — wie mir scheint, in Folge des unredlichen Einwirkens des Reichstages in diese Angelegenheiten — keine besonders hohe, sondern nach Ansicht anderer sogar eine leidenschaftliche. Die Haltung der Regierung ist nach der Aeußerung des Landwirtschaftsministers eine Defensiv; das ist richtig, insofern die militärische Defensiv sich durch die Attale äußert. (Heiterkeit.) Die Polen träumen von der Wiederherstellung des Polentriches; gegen Träume macht man doch keine Gesetze! (Sehr richtig!) Die Polen haben den feindlichen Gegensatz zu den Deutschen wohl hervorgerufen; aber die Deutschen haben doch auch ihren richtigen Theil der Schuld daran zu tragen. Seit 10 oder 15 Jahren habe ich zahllose Rörgeleien hier gehört, die einen sehr unangenehmen Eindruck gemacht haben. Es sind mitunter ganz geschmacklose Dinge vorgekommen, wie z. B. die Aenderung der Orts- und Straßennamen. Ueber solche Nadelstiche ärgert man sich mehr als über einen tätigen Koldenstoß in die Rippen. (Heiterkeit.) Meine praktischen Bedenken gegen die Bauernkolonisation werde ich bei der zweiten Beratung vorzutragen. Die beste Kolonisation ist die Vermehrung des Fonds zum Ankauf von Domänen und Forsten; dafür sind bekanntlich im Etat 75 000 M. bezw. 2 000 000 M. ausgeworfen. Der Minister Lucius hat sich gegen eine Erhöhung des Fonds gewendet, weil damit der Preis des veräußerten Landes steigen werde. Was wird erst bei der Bemüßigung von 100 Millionen geschehen! Man solle kleine Domänen in Polen kaufen und verpacken. Die Bauern- und Arbeiterkolonisation dürste bald in polnische Hände übergehen. Die Kolonisten werde man suchen müssen, wie der reiche Mann im Evangelium seine Güter. Die Fortbildungsschulen sind mir sympathisch, man würde damit die Zunahme der nur polnisch gebildeten Erbsmannschaften verhindern. Aber die Sache wird nicht gehen. Wie viel Geldmaner wollen Sie noch anstellen, um die halbwegsige Bevölkerung zum Schulbesuch anzuhalten? Das wird gerade sein, als wenn man eine Heerde ausbrechen hüten wollte. (Heiterkeit.) Das ginge wohl, aber es geht nicht. (Heiterkeit.) Die Sache kostet noch dazu 200 000 M., also die Rente eines Kapitals von 5 Millionen! Wir haben wohl ganz vergessen, wie tief wir im Defizit liegen. Mit Herrn v. Körber bin ich der Ansicht, daß wir in Westpreußen mehr evangelische Pfarrer brauchen, weil es an evangelischer Seelsorge fehlt. Das Geld dafür ist eher da. Wir haben von der in Aussicht gestellten Donation der evangelischen Kirche noch nichts erhalten; wir werden gern bereit sein, der Provinz Posen diesen Fonds zum Theil abzutreten. (Beifall.)

Abg. v. Haugwitz: Nach diesen Ausführungen hätte Herr v. Meyer am besten, dem Rathe des Herrn Richter zu folgen und freundlichst in seiner Nähe bei den Deutsch-französischen Platz zu nehmen. (Große Heiterkeit links. Beifall rechts.) Es ist ganz unerhört, daß der Herr Abg. v. Meyer hier über den 100 Millionenfonds jetzt nochmals und namentlich über die Verfassungsmäßigkeit derselben zu sprechen für gut gehalten hat, bevor die Kommission sich mit der Sache beschäftigt hat (oho! links), ich finde es unerhört, der Kommission die Meinung zu geben, sich nicht zu beissen, und von dem „ganzem Glanz“ zu sprechen, wo es sich um ein Bouquet Gesetze handelt im allerhöchsten Staatsinteresse. (Heiterkeit links; Beifall rechts.) Der Entwurf schließt sich eng an den § 120 der Reichs-Gewebebefugnisgebung an, auf Grund dessen auch die Arbeitgeber genöthigt werden können, ihre Arbeiter zum Besuch der Fortbildungsschulen anzuhalten. Die einzigen Bedenken insofern sich höchstens daran, ob es nöthig sein müßte, für immer 200 000 M. jährlich zur Verfügung zu stellen. Im Uebrigen sind wir, wie gesagt, mit dem Entwurfe einverstanden. (Beifall rechts. Bisken links und im Centrum.)

Abg. v. Stabiewski: Die Worte des Herrn Abg. v. Meyer waren die eisten Worte eines preußischen konservativen Edelmannes. (Beifall bei den Polen. Widerspruch rechts.) Dem Konservativen gleicht Muth, nicht Feigheit. (Oho! rechts. Rufe: Zur Ordnung!)

Präsident Frh. v. Geere man: Durch diesen Ausdruck haben Sie, Herr Abgeordneter, den übrigen Konservativen implizite den Vorwurf der Feigheit gemacht. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stabiewski (fortfahrend): Uns hat es wohl geihan, zum ersten Male von einem Konservativen zu hören: „Wir haben den Kulturkampf satt!“ Das vorliegende Gesetz

ist weiter nichts, als ein organisches Glied in der Kette der gegen uns gerichteten Gesehe. Eine wahre Hochfluth von Vorlagen ist über uns gekommen, damit wir nur ja nicht zu Alben kommen. Hier liegt die Regierung unter falscher Flagge. (Widerspruch rechts.) Das Gesetz verfolgt nicht weniger als Bildungszwecke, sondern im Hintergrunde liegen politische Rücksichten, dadurch machen Sie aber die Schulen zum Spielball der politischen Parteien. (Sehr richtig! links.) Nach den letzten Erfahrungen ist aber eben jedes Mittel zur Germanisirung recht, wenn man sich aus bis vor Kurzem gegen das Wort selbst noch hier und da sträubte, aber Herr v. Rauchaup hat es ja ausgesprochen: es ist das Ziel, beide Provinzen vollständig zu germanisiren! (Zuruf rechts.) Also Sie haben das Recht, Nationalitäten zu vernichten? (Zuruf des Abg. v. Rauchaup.) Also Herr v. Rauchaup giebt es zu? Nun, ich sage, das ist eines christlichen Staates unwürdig! Wir verteidigen das heilige Gut unserer Sprache auf Grund göttlichen Rechts. Die Kunst der Noth ist wunderbar, sagt Schopenhauer, Gott wird uns diese Kunst lehren. (Lebhafter Beifall bei den Polen und im Centrum. Widerspruch rechts.)

Untersaatssekretär v. Müller: Dem Herrn Abg. v. Stablowki können nur unbegründete Befürchtungen den Blick getrübt haben, sonst konnte er nicht sagen, die Regierung wolle unter falscher Flagge gegen die Polen vorgehen. (Abg. v. Stablowki: Habe ich nicht gesagt.) Ich habe mir die beiden Worte notirt. Wie kann man aber so etwas sagen, wenn man nicht der Regierung insinuirn will, sie wolle etwas Anderes, als was die Vorlage enthält. Der Genuß der politischen Führer werden wir uns selbstverständlich nicht zu erfreuen haben; das verhehlen wir uns gar nicht. Aber wir hoffen dennoch auf Erfolg. Herr v. Meyer muß sich wenig mit der Entwicklung und den Leistungen der Fortbildungsschulen befaßt gemacht haben. Der Gesetzentwurf hält sich streng auf der Defensiv- und verfolgt lediglich den Schutz des deutschen Arbeiters vor polnischen Agitationen und tritt keiner Nationalität entgegen. Ich bitte Sie daher in Gemäßheit Ihres Botums bezüglich des Antrages Achenbach dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. Jaedel (freikons.): erklärt namens seiner Partei, daß er im Prinzip dem Entwurf zustimme. Was die Bedenken betreffe, so hätte er allerdings eine ausgiebigere Motivierung gewünscht, namentlich in Bezug auf statistisches Material über den Stand der Fortbildungsschulen in Preußen, sowie deren Kostenverhältnisse, um das finanzielle Bedürfnis hier eingehend zu prüfen. Deshalb empfehle ich kommissarische Vorberatung und zwar durch diejenige Kommission, welcher die Schulgesetz übergeben worden seien.

Abg. Windthorst: Die Art und Weise, wie Herr v. Haugwitz einen alten würdigen Greis in unserer Mitte (Heiterkeit) apostrophirt hat, ist doch bisher hier nicht üblich gewesen. (Sehr gut!) So wie steht fest, daß Herr v. Meyer ohne Rücksicht stets seine wahre Ansicht hier ausgesprochen hat, auch wenn sie der höherer Instanzen entgegenstand. Oder ist es jetzt mehr Mode, sich nun oben hin williger zu zeigen? (Heiterkeit.) Herr v. Haugwitz muß ich sagen, daß der Weg zu Herrn Rickert, den er Herr v. Meyer anrath, nicht so weit ist, wie der zu Herrn Gneiß, den er selbst zurückgelegt hat. (Heiterkeit.) Nun zu dem Gesetz. Wenn ich diese Summen für eine Schule bewilligen soll, so muß ich etwas über Organisation, Methode u. w. wissen. Hier wünsche ich eingehenden Nachweh und auch Garantien dafür, daß die Schulen nicht der Unfruchtbarkeit Vorschub leisten, daß sie z. B. nicht während der Gottesdienstzeit angelegt oder abgehalten werden. Eine Zwangsmaßnahme wird überhaupt nicht für junge Leute von 14 bis 18 Jahren ausrichten, nur Widerstreben hervorrufen, das verderblich zu wirken geeignet sein wird. Den Zwang einführen, ohne die Strafe festzusetzen, das ist ja etwas ganz Unerhörtes! Es wird die Zeit schon noch einmal kommen, wo Sie einschreiten werden, daß Sie den Staat zu omnipotent gemacht haben. Ich denke, wir haben auch alle Ursache, sparsam zu sein und nicht immer gleich Geld zu geben, wenn es sich darum handelt, augenblicklichen Launen eines Staatsmannes gerecht zu werden. (Heiterkeit und Beifall links und im Centrum. Widerspruch rechts.)

Abg. v. Schenckendorff: Ich will nur die Ausführung des Gesetzes, die Art der Durchführung derselben berühren, da mir gerade dies von großer Bedeutung für die gedebliche Wirksamkeit des ganzen Gesetzes zu sein scheint. Thatsächlich führt schon der Bericht des Kultusministeriums vom Jahre 1883 auf Seite 6 an, daß nirgends im ganzen Lande die Fortbildungsschulen so weit im Rückstande sind, als in Westpreußen und Posen. Es ist also schon aus diesem Grunde von Wichtigkeit, daß die Fortbildungsschulen energisch in jenen Landestheilen gehoben wird. Ich lege den Schwerpunkt aber auf die allgemein unterrichtliche Richtung der zu gründenden obligatorischen Fortbildungsschulen. Sollen sie nur eine Fortsetzung der Volksschulbildung bezwecken, so muß ich mich gegen diese Tendenz aussprechen.

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Des Herrn v. Haugwitz Mißfallen scheint ich im allerhöchsten Grade erregt zu haben, „unerhör“ war noch der mildeste Ausdruck, den er auf meine Worte hatte. (Heiterkeit.) Ich bin sehr friedlich, ich will also versöhnen, er war sehr erregt, darum seine Feindschaft nicht, sagt der Berliner. Vor allen Dingen aber muß ich ihm auf den Vorwurf antworten, ich ginge nach links und würde nächstens in die Arme des Abg. Rickert sinken. (Heiterkeit.) Wenn man Jemandem sagen will, er gehe nach links, so muß man zunächst feststellen, was ist denn eigentlich „rechts“? (Sehr richtig!) Da möchte ich doch mal den Unterschied zwischen uns und Beiden klarstellen. Ich will dabei zurückgreifen auf die technischen Ausdrücke, die wir Ende der vorigen Jahre hatten. Da gab es eine Fraktion der Konservativen von 9 Mann — ich hatte auch die Ehre, dazu zu gehören — und eine Fraktion der Konservativen. Ich möchte nun glauben, daß wir Beide uns so unterscheiden: ich bin konservativ mit einer etwas oder recht reaktionären Färbung, aber niemals ministeriell. Er dagegen ist konservativ mit ministerieller Färbung. (Heiterkeit.) Wenn er mich da noch für links rutschend hält, so muß ich das ihm überlassen. (Lebhafter Beifall im Centrum und links. Große Heiterkeit.)

Abg. Rickert: Hier hätte doch wahrlich kein Grund vorgelegen, die Polentrage heranzuziehen, und ich bedauere, daß der Herr Regierungsvortragere dies gethan hat. Wir betrachten die Vorlage als eine solche der Versöhnung, denn Bildung ist Allen gleiches Bedürfnis. Ich stehe also der Vorlage sympathisch gegenüber, allerdings nicht, wie sie liegt. Indessen bin ich beruhigt, da im Wesentlichen auf jener Seite (rechts) dieselben Anschauungen zum Ausdruck gekommen sind. Warum bringt uns aber die Regierung ein Gesetz? Ein Gesetz, in welchem die jährliche Herabgabe von Geld bestimmt wird? Der Etat ist ja noch nicht abgeschlossen! Möge die Regierung diesen Weg beschreiten. Ich glaube gar nicht, daß im Jahre 1886/87 gleich 200 000 M. werden nöthig sein, die Regierung glaubt es vielleicht auch nicht, aber es ist eben die Folge des Versuches gesetzlicher Fixirung an Stelle der etatsmäßigen. Ich hielt für am besten, einfach das Geld im Etat zu bewilligen. Ich wünsche dringend, daß dieses Gesetz sich fern hält von Motiven, wie die, welche den vorher berathenen zu Grunde liegen. (Beifall.)

Untersaatssekretär v. Müller: Diese Ausführungen abnehmen doch nichts weniger als Sympathie für das Gesetz, allerdings für die Fortbildungsschulen. Ich wiederhole, der Staat ist nöthig, um die Bewegung der Summe über jeder früher parlamentarische Konfiguration sicher zu haben; ebenso beauftragt die Regierung des § 2 gerade und nur für den Osten. Der

Zwang ist aber nöthig, um jeden etwaigen Widerwillen zu beugen und die jungen Leute bis zum 18. Jahre unter dem Einflusse deutscher Bildung zu erhalten. Gerade dieser Zwang ist der Hinderungsgrund, weshalb das Gesetz nicht im Allgemeinen erlassen werden kann. Das Gesetz ist ein politisches und soll — darauf legt die Regierung Werth — als solches bestehen bleiben. Gegen die kommissarische Vorberatung hat die Staatsregierung nichts einzuwenden.

Die Diskussion wird geschlossen, es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Abg. v. Rauchaup: Herr Windthorst sprach anlässlich einer Bemerkung des Herrn v. Haugwitz gegen Herrn v. Meyer von einer nicht zu billigen Differenz innerhalb der konservativen Fraktion, welche an die Öffentlichkeit getreten sei. Er befand sich dabei im Irrthum. Herr v. Meyer war, als er die Rede hielt, nicht Mitglied der konservativen Fraktion. (Hört! links und im Centrum.)

Abgeordneter von Haugwitz: Herr von Meyer gegenüber demselben ich offen, daß er mich durch seine Lebensäußerung gerührt hat, ich habe auch keinerlei persönliche Abneigung gegen ihn, sondern namentlich Veranlassung genommen, das Wort „unerhör“ zweimal im Stenogramm zu streichen. Wenn er meint, ich hätte ministerielle Neigung, so bemerke ich, daß auch ich bereits seit einiger Zeit aus dem Staatsdienst getreten bin und daß wir daher wohl gleich weit vom Ministerstuhl entfernt sind. (Heiterkeit.)

Abg. v. Meyer-Arnswalde: Ich will zunächst Herrn v. Rauchaup dahin ergänzen, daß ich gestern meinerseits den Austritt aus der konservativen Fraktion angemeldet habe. (Lebhafter Beifall links und im Centrum. Gelächter rechts.) Herr v. Haugwitz erwiderte ich, daß man, um abhängig oder unabhängig zu sein, nicht in oder außer Dienst zu sein braucht (Sehr gut! links und im Centrum.) Er ist jünger, er kann also noch Minister werden; ich schon um deswillen nicht, weil ich, wie Herr Windthorst meint, ein Greis bin. (Große Heiterkeit.)

Das Haus verweist die Vorlage an die für die Schulgesetz gewählte Kommission.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die anderweitige Feststellung des Geschäftsbereiches mehrerer kommunalständischer Anstalten in der Provinz Hessen-Nassau.

Die Vorlage, eine Konsequenz der in Hessen-Nassau eingeführten Kreis- und Provinzialordnung, wird nach unwesentlicher Diskussion unanversändert in zweiter Lesung angenommen. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Sekundärbahnvorlage.)

Lokales.

Von dem Reichspostamt ist ein neuer Briefposttarif und ein neuer Paketposttarif in der ausführlichsten Weise bearbeitet. Diese Tarife sind seit 4 Jahren nicht in neuer Bearbeitung erschienen und werden in einigen Wochen die Presse verlassen.

Essentliches Fuhrwerk. Am 31. Januar d. J. waren in Berlin 1857 Droschken erster Klasse, 2452 Droschken zweiter Klasse, 151 Gepäddroschken; 612 Waggons der Großen Berliner, 72 Waggons der Berliner und 83 Waggons der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn; 83 Einspanner- und 296 Zweispanner-Thormoggen und 138 Omnibus, im Ganzen also 5444 zur Personbeförderung dienende öffentliche Fuhrwerke vorhanden.

Die Bauarbeiten zu der Interimbrücke überhalb der Molltebrücke haben bereits überraschende Fortschritte gemacht. Vor etwa fünf Wochen war mit dem Bau kaum begonnen worden, während jetzt bereits sämtliche Pfahlbohle geschlagen sind und der größte Theil der mächtigen Tragbalken mit den zugehörigen Satteldächern und Kopfbindern verlegt ist. Das Heranschaffen der starken Hölzer, die sämmtlich erst außerhalb geschlagen und mellenweit auf Wagen zu den Bahnstationen gefahren werden müssen, wird durch die unglückliche Jahreszeit sehr erschwert, trotzdem sind die Lieferungen pünktlich erfolgt, so daß, wenn nicht außergewöhnliche schlechte Witterung eintritt, die Eröffnung der Brücke zum 1. April gesichert ist. Auch mit den Bauarbeiten zur Kaiser-Wilhelmbrücke ist seit einigen Wochen begonnen worden. Auf dem rechten Spreeufer ist die Ausbauchung für den Landseiler beinahe beendet, so daß in der nächsten Woche mit dem Rammen der Spundwände angefangen werden kann; auf dem linken Ufer ist man damit beschäftigt, die noch vorhandene alte Ufermauer abzubauen. Das Brückenprojekt liegt zur Zeit der Stadtoerordneten-Versammlung zum Beschluß vor.

Der „Deutsche Kulturbund“ machte am Mittwoch, Abend einen Vortrag zur Hebung der Sittlichkeit durch Abhaltung eines öffentlichen Vortrages über „die sittlichen Zustände des Alterthums und des Mittelalters im Vergleich mit der Gegenwart.“ Der Vortragende, Dr. Huber aus München, hatte sich die Aufgabe gestellt, nachzuweisen, daß im Punkte der Sittlichkeit die Gegenwart den Vergleich mit der Vergangenheit durchaus nicht zu scheuen habe. Dies gelang ihm auch ausgezeichnet, denn er hatte eine lange Reihe öffentlicher, sexueller Schändlichkeiten aus der Römerzeit und der Herrschaft gewisser Päpste aneinander gereiht, deren Aufzählung den Zuhörer in einen febrilen Zustand versetzte, der ihm bald einen moralischen Schüttelfrost, bald eine schamhafte Stechbisse erzeugte. Der Redner leitete seinen Vortrag mit der Bemerkung ein, daß diejenigen sich getrennt, die mit der Annahme gekommen seien, daß er ihnen pikante Geschichten erzählen wolle. Viele mögen indeß die Meinung mit nach Hause getragen haben, daß man schließlich eine gründlichere geschichtliche Auswahl von Auswüchsen der menschlichen Moralbegiffe zusammen zu stellen im Stande sein wird, wie es durch den Vortragenden geschah, der mit dieser Klasse zwei Fliegen zugleich treffen wollte. Den frommen Moralpredigern führte er zu Gemüthe, daß unsere Generation durchaus nicht so verderbt sei, wie sie von ihnen geschildert wird, während die Anhänger der „freien Liebe“ Kulturfeinde seien, denn die Ausübung derselben habe allemal den Untergang des herrschenden Zustandes herbeigeführt. Die Richtigkeit der letzteren Behauptungen wollen wir hier nicht anstreifen. Bezüglich seiner Parole aber, einen verlassenen Hieb gegen die Sozialdemokratie mit der Phantasmagorie von der freien Liebe zu führen, müssen wir ihn für ein Opfer unwissender Stridenten erklären, deren wissenschaftliche Quelle über das Programm der Sozialdemokratie ihre eigene krankes Hirnmaterie ist. Uebrigens glauben wir nicht, daß der Kulturbund auch nur ein Mittelglied durch diesen Vortrag gewonnen hat. Denn soweit sein Inhalt nicht unumwunden erregend war, bestand er aus trivialen Behauptungen, wie z. B. „daß der Liberalismus (1849) die letzte Färsienaitresse aus Deutschland verjagt habe“, mit denen man wahrlich Niemanden überzeugen kann. Außerdem bestand die nicht zahlreich besuchte Versammlung zu einem beträchtlichen Theile aus Leuten, deren Willigkeitsmännern man es ansehen konnte, daß ihre Neugierde vielleicht durch die zufällige Tagesordnung: „Nur für Erwachsene“ erst angeregt worden war und deren Kanier es ist, große ernste Deen zu ihrem Vergnügen gelegentlich in den Staub zu jechen. Die Arrangements solcher Versammlungen dokumentiren auch sofort selbst, daß ihnen die schwache Seite ihres Vorgehens durchaus nichts Unbekanntes ist. Der Vortragende oktroyirt da den Zuhörern seine fadenichigen Ansichten und vertritt sich vor vornherein die Diskussion. Die wirtschaftlichen Ursachen des Gendelbittels, „Prostitution“ werden echt liberal ignort, während man weidlich auf die Symptome derselben räsonnirt und ihre Unterdrückung fordert. Nachdem der unnütze Monolog zu Ende und die Erschienenen die Kosten für dies Debüt durch freiwillige Beiträge selbst aufgebracht hatten, wurden sie durch einige Höflichkeit der phlan-

tropischen Frau Präsidentin zum Saale hinaus komplementirt, ohne daß eine lästige Diskussion den Glanz der wohlverordneten Strahlenkrone verdunkelte.

Eine elegante Dame, gefolgt von einem Mädchen, die einen großen Marktloft am Arm trug, trat am Donnerstag auf dem Dantienplatz Wochenmarkt an den Stand einer Händlerin, wo sie verschiedene Gemüse einhandelte und in den Markt wandern ließ. Als sie ihr Portemonnaie öffnete, um zu zahlen, behauptete sie, soeben zu entdecken, daß sie nicht mit ausreichendem Gelde versehen sei und versprach, die Summe sofort mit ihrem Mädchen der Händlerin zuzuschicken, diese überlegte einen Augenblick, glaubte der vornehmen Frau die Bitte nicht abschlagen zu sollen und wollte eben einwilligen, als eine Fleischfrau herzutrat und, mit einem Blick die Situation übersehend, die vornehme Dame anredete: „A, nu sehen Sie mal, Madamen, Sie hatten doch schon bei mir kein Geld mehr um zu pumpen Sie hier? Wissen Sie, da ist's doch besser, wenn Sie mir meine Kalbskeule lieber hierlassen.“ Sprach's, griff in den großen Marktloft, den das Mädchen trug, und holte die Kalbskeule aus demselben hervor; selbstverständlich nahm nun auch die Händlerin ihr Gemüse zurück und die elegante Dame nebst Mädchen und Markt waren baldigst verschwunden. Vielleicht versucht diese Wochenmarkt-Hochstaplerin ihr Geschäft auch auf anderen Märkten.

In der Maschinenfabrik „Chllop“ (Inhaber Rehdig u. Behrendt) in der Bankstraße scheint es recht gemütlich zugehen. Gestern geriet, wie uns mitgeteilt wird, daßelbst ein Schloffer mit einem Drehermeister in einen Wortwechsel. Der Herr Drehermeister wußte seiner Ansicht keinen besseren Ausdruck zu geben, als daß er einfach auf den Schloffer einschlug. Glaubt dieser Herr vielleicht, daß auch ihm ein „gelindes Juchitungsrecht“ über die Arbeiter zustehe? Es ist an und für sich schon ein Zeichen einer gerade nicht wohlwollenden Gesinnung, wenn man seiner Meinung durch Schläge Geltung verschaffen will, daß aber ein Vorgesetzter einen Untergebenen durckprügelt, das ist denn in unserer vielgeprüften Reichshauptstadt doch noch nicht Mode. Die Arbeiter werden gut daran thun, sich nach Kräften gegen die Einführung der neuen Einrichtung zu wehren.

Unter heftigem Knall aus dem Hause Neanderstr. 38 herausgeschlagene Flammen alarmirten vorgestern Nachmittags die Bewohner jenes Stadttheils. Als um halb sechs Uhr der Ladiendier des in genanntem Hause gelegenen Weiskwaren-Geschäfts von J. Dann die Gasflammen des Schaufens anzündend wollte, fiel von dem im Anzänder befindlichen Schlauch ein Tropfen in das entzündende Gas, so daß im nächsten Augenblick das Schaufenster lichterloh brannte. Die durch die Gewalt der Gas-emporgeschleuderte Flamme erhob sich an der Außenseite des Hauses bis zum vierten Stock, in welchem mehre Fensterscheiben in Folge der großen Hitze sprangen. Mit rapider Schnelligkeit verbreitete sich das wüthende Element von Schaufensier aus in den Laden, dessen Inhalt total ausbrannte, und ergriff auch das erste Stockwerk, dessen eines Vorderzimmer ebenfalls stark beschädigt wurde. Sämmtliche neun im Laden anwesenden Verkäuferinnen wurden in Folge des Schrecks ohnmächtig, der achtzehnjährige junge Mensch, welcher den Brand vermittelte, wurde durch den Druck von Seite geschleudert, und dauerte es geraume Zeit, bis derselbe wieder zur Besinnung kam und sprechen konnte. Die unmittelbar nach der Katastrophe eingetretene Verwirrung benutzten vier Stroche, um in den Laden zu dringen und zu rauben. Dem Geschäftsinhaber im Verein mit einigen zu Hilfe eilenden Personen gelang es indeß, die frechen Patrone nach heftiger Gegenwehr auf die Straße zu drängen. Leider hat bei diesem Kampfe Herr Dann eine ziemlich bedeutende Verwundung an der rechten Hand erlitten. Als die Polizei an Ort und Stelle kam, hatten die Stroche unter Zurücklassung mehrerer Dietriche das Weite gesucht. Die Feuerwehr erschien mit einer Dampfspritze und mehreren Handdruckspritzen und bewältigte in kurzer Zeit die Flammen. Der unter den Weiskwaren entstandene Schaden ist bedeutend, jedoch durch Versicherung gedeckt.

Auf der Anhalter Bahn in der Gegend der Kolonnenbrücke hat sich vorgestern beim Rangiren eines Zuges wieder ein schweres Unglück ereignet. Der Weichensteller Wiedicke aus Schöneberg geriet unter die Räder, die ihm Kopf und Beine vom Kumpfe trennten. Der Unglückliche hinterläßt eine Frau und 7 Kinder.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Industrie im Dienste der Landwirtschaft spielt eine immer größere Rolle. So werden jetzt in Fachbüchern sehr interessante Mittheilungen über die Verwendung der Thomasschlacke als Düngemittel gemacht. Der 1885 verstorbene englische Techniker Gilchrist Thomas hat bekanntlich das für die Eisenindustrie hochwichtige Verfahren der Entphosphorung des Roheisens erfunden. Dadurch sind kolossale Mengen Eisen, die bisher nicht verwertbar werden konnten, industriell nutzbar gemacht worden. Nach dem Thomasschlackenschlackenverfahren wird das Eisen mit Kalkschlägen geschmolzen und in die geschmolzene Masse atmosphärische Luft geleitet, wodurch der Phosphor des Eisens zu Phosphorsäure verbrennt, diese sich mit dem Kalk zu phosphorsäurem Kalk verbindet und als solche in die Schlacken übergeht, welche auf der Oberfläche des geschmolzenen Eisens schwimmen und abgeschöpft werden. Diese Schlacken, die sogenannten „Thomasschlacken“ sind schwarze, mit Eisenstäben untermischte blasige Massen von hohem spezifischen Gewicht, sie werden unter Ausföndung des Eisens zu kleineren, gestreut, feingemahlen und kommen in dieser Form als Thomasschlackemehl auf den Düngermarkt. Besondere Verdienste um die Feststellung des Wertes des Thomasschlackemehls als Düngemittel hat sich Professor Dr. Paul Wagner in Darmstadt erworben, der eine große Reihe von Experimenten im Laboratorium und von Vegetationsversuchen angestellt hat, die ihn zu dem Ergebnis führten, daß die feingemahlene Thomasschlacke der zur Zeit billige Phosphorsäuredünger ist; er kostet etwa dreimal weniger als Superphosphat. Derselbe ist besonders auf Moorboden, Wiesboden, Sandboden und allen kalkarmen Bodenarten zu empfehlen. Die Zahl der künstlichen Düngemittel ist also um ein neues Erzeugnis aus der großen Fundgrube des Industrieabfalls bereichert und der modernen Landwirtschaft dadurch eine neue Waffe geliefert worden. Die intensive Wirtschaftsweise in der Agrikultur wird dadurch noch weiter gefördert; dem Großbetrieb, der kraft seiner kapitalistischen Uebermacht alle technischen Fortschritte sich dienstbar macht, der Sieb über den Klein- und Mittelgrundbesitz dadurch erleichtert werden, was vom gesellschafts-wissenschaftlichen Standpunkt aus nur zu begrüßen ist.

Kampf gegen die Fachvereine. Aus Hildesheim wird geschrieben: Seit Jahresfrist merkt man in unserer Gegend Bischofstedt eine rege Arbeiterbewegung. Die hiesigen Handwerker resp. Arbeiter kommen aus am Grabe Bernwards und Gebhardts endlich zum Bewußtsein ihrer Lage. Dementsprechend haben sich hier verschiedene Fachvereine gebildet. Die Handwerkermeister, denen das Klassenbewußtsein ihrer Untergebenen unangenehm zu sein scheint, haben einen Hauptstoß vor Augen ausgeführt, um die hiesigen Arbeitervereinigungen zu sprengen. Dies ist ihnen jedoch in keiner Weise gelungen. So wurde eine größere Anzahl von Arbeitern des Maurer-, Steinhaerer- und Tischler-Gewerbes ohne Kündigung aus der Arbeit entlassen. Als Grund wurde bezeichnet, sie gehörten ja Fachvereinen an! Das wolle man eben nicht. Die Meister haben diese Nichtauslassung mit Arbeitsentlassung u. s. w. bedroht, wenn diese nicht aus den Fachvereinen austreten würden. Der Kampf ist aber nicht erreicht, denn nur wenige sind schon genug gewesen, dem Verlangen der Meister nachzukommen.

mentl.
ordnen
n, die
merfolg
einer
in den
um zu
ht mit
Summe
raue die
Migen,
die S.
A, nu
ir fern
da ist's
lassen!
Röcken
selbst
zurück
en hals
mmath
schid u.
s un-
blöst ein
l. Der
n Aus-
schlages
belindes
an und
indigen
Belung
gebenen
Reichs-
nen gut
r neuen
-fr. 38
amittag
Wir der
waaren-
schenft
Schrift
mächten
nach die
an den
welchem
n. Mit
nt noch
brantke
s immer
a haben
des ohn-
Brand
er, und
sinnung
r Kalo-
um in
Einhaber
lang es
auf die
r Dann
end es
alle die
ette ge-
e und
Zeit die
Schaden
olommen-
wieder
de aus
d Heine
ne Frau
ung.
ft spielt
blättern
ng der
g. Der
hat be-
den der
s hab
werden
Thomann
en und
woburd
nd, die
nd als
äche des
n. Die
arze, mit
s in spe-
sens ge-
orm all
d. Be-
des des
ffor Dr.
ie große
etations-
eten, daß
ur Zeit
bet etwa
sonders
allamen
Dinge
n Fund-
den. Die
urch noch
allfichen
r macht,
durch er
n Stand-
s & e im
eter allen
ards und
sprechend
te Dand-
eredenen
r Kruem
singen.
o wurde
einbaue-
heit ent-
s. In Foch-
ter haben
t, wenn
Der Juch
genug ge

In der Kreisirrenanstalt Giesing bei München haben die Arbeiter, welche zur Verrichtung der gewerblichen Arbeiten selbst angestellt sind und auch die Irren anzuweisen haben, die Arbeit eingestellt. Ursache sind sowohl Lohnunterschiede als auch die Beschränkung der wöchentlichen Ausgänge von zwei auf einen.

Aus London wird mitgeteilt, daß in mehreren Brauereien von Kottingham ein Streik ausgebrochen ist, der sich wahrscheinlich auch auf andere Städte ausbreiten wird. Die Brauereigehilfen verlangen Abschaffung der Nachtarbeit, sowie eine Lohnsteigerung von 3 Schilling pro Woche. Auf Seiten der Brauereibesitzer ist man über letzteren Punkt noch nicht einig. Es werden fortwährend Versammlungen abgehalten, um ein Einverständnis zu erzielen.

Von den nach Kanada aus Altona ausgewanderten Zigarrenarbeitern, ca. 500 an der Zahl, sind recht traurige Nachrichten eingetroffen. Dieselben haben nicht gefunden, was man ihnen versprochen hat, und streiken deshalb. Viele haben, um das Leben zu fristen, Landarbeit annehmen müssen. Der Altonaer Freundschaftsclub der Zigarrenarbeiter warnt in einem Birkular dringend vor einem Ruzug nach New-York, von wo Altonaer Sortirern glänzende Versprechungen gemacht werden, um die Verlegenheit zu heben, in welche die dortigen Arbeiter durch die Arbeitseinstellung der Zigarrenpader geraten sind.

Gerichts-Zeitung.

Eine für Vereine interessante Entscheidung ist von dem Rixdorfer Schöffengericht gefällt worden. Die Vorsitzenden des Ortsvereins der Tischler und Berufsgenossen zu Rixdorf wurden am 19. d. M. vor dem Rixdorfer Schöffengericht unter der Anschuldigung der Uebertretung der §§ 1, 2, 3, 12, 13 des Vereinsgesetzes. Der Verein besteht in Rixdorf seit 9 Jahren und hält alle 14 Tage seine regelmäßigen Versammlungen in verschiedenen Lokale ab, wie auch der Polizeibehörde angezeigt werden war. Die Rixdorfer Polizeibehörde hat diesen und andere Ortsvereine bislang, ebensowenig wie das Berliner Polizeipräsidium dies je gelassen, durchaus nicht als solche anzuerkennen, welche „eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken“ und deshalb auch nicht die Anzeigen über Veränderungen unter den Vereinsmitgliedern zu verlangen. Nun hat der Sekretär des Vereins unter der Firma des „Vorstandes“ zu einer Versammlung am 18. Oktober v. J. eingeladen und den Beginn der Versammlung auf 8 Uhr, statt wie sonst 8 1/2 Uhr angedeutet, auch außer den vorher festgelegten Punkten der Tagesordnung noch in dieselbe einen weiteren Punkt aufgenommen, „Unterschrift einer Petition, das Vereinsgesetz betreffend“. Der Vorsitzende, welcher von dieser Versammlung keine Kenntnis hatte, kam gegen 1/3 Uhr ins Versteck, in dem sich erst 5-6 Personen eingefunden hatten, und erklärte nach Kenntnisnahme von der Sachlage die Versammlung für nicht statt, und hatte dieselbe thatsächlich nicht stattgefunden. Die Rixdorfer Polizeibehörde erachtete auf Grund dieses Vorganges nunmehr nicht nur diesen Ortsverein, sondern auch mehrere andere Vereine als solche, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, verlangte die Veränderung im Mitgliederverzeichnis und Anwesenheitslisten der Versammlungen und erachtete die drei Vorsitzenden für straffällig. Den Angeklagten, welche gegen den Verstoß gegen die erlassenen Strafbefehle Widerspruch erhoben hatten, standen die Rechtsanwälte Dikner und Mundel zur Seite. Die Verteidiger führten an der Hand des Statuts des Vereins, daß der Verein lediglich auf den Kreis seiner Mitglieder beschränkt, welche dahin gingen, die Mitglieder gegen die Unsicherheiten im Leben, wie sie durch Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unfälle zu verbeistellen, zu versichern. Der Anwalt hielt das Schöffengericht den Strafbefehl aufrecht. Der Anwalt hatte eine Erhöhung der Strafe beantragt. Der Antrag wurde dagegen von der „Reinheit des Gerichts“ abgelehnt.

Eine in ihrer Entstehung, in ihrem Verlauf und in ihrem Resultat höchst interessante Anklagesache wegen vorsätzlich falscher Anschuldigung gelangte gestern gegen den Rechtsanwalt Schürmann und gegen den Strumpfwirker Hermann Reichel vor der dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung. Der erste Angeklagte war im Frühjahr v. J. mit dem Magistratssekretär Kohl und dessen Sohn der Beschuldigung wilden Weins angeklagt, und funktierte in dieser Sache als Hauptbelastungszeugen die beiden städtischen Nachtwächter Grottel und Preisnitz. Alle drei sind vom Schöffengericht zu 6 Monaten resp. Geldstrafen verurteilt, von der fünften Strafkammer hiesigen Landgerichts I aber in der Berufungsinstanz freigesprochen worden, weil der Gerichtshof den Aussagen der Nachtwächter keinen reellen Glauben beimaß. Nach Verurteilung des ersten Instanz richtete der Angeklagte Schürmann zu dem Zweck, die beiden Belastungszeugen unglaubwürdig zu machen, an den Mitangeklagten Reichel eine Denunziation bei der Staatsanwaltschaft ein, in welcher den beiden Beamten vorgehalten ward, in der Nacht vom 5. zum 6. März im Thormannschen Schanklokale, Helfstorferstr. 15, einige Stunden lang Willard zu haben. Nach der gegenwärtigen Anklage soll diese Denunziation wissenschaftlich aufgestellt worden sein, während die Angeklagten die Richtigkeit dieser Thatsache verweigerten. Die beiden Wächter stellen sie eidlich in Abrede, und die Thormannschen Zeugen wollen sich nicht mehr genau erinnern können. Reichel hätten wohl die Wächter einmal, dies sei aber Morgens 5 Uhr gewesen. Anderen Personen gegenüber hat Thormann aber die Angaben der Angeklagten bestätigt; ein Fragebogen nach Hause kommen sah. Die Wächter legten zur Verifikation ihre Kontrollbücher vor, wonach sie zu verschiedenen Zeiten der Nacht kontrolliert worden waren. Der Gerichtshof erklärte dadurch die Angaben der Angeklagten noch nicht für wahr und sprach sie deshalb frei.

Wit der Vermehrung der Einwohnerzahl von Berlin hat sich naturgemäß auch die Strafprozeß entsprechend vermehrt, ohne daß dadurch die Zahl der Schöffengerichte und Strafkammern gewachsen ist. Damit die Prozesse aber ihre normale Erledigung finden, wird von dem Ueberweisungsrecht des Strafmann (§ 75 des Gerichtsverfassungsgesetzes) ein zweigleisiger Gebrauch gemacht. Alle nur Ueberweisungsinstanzen werden zur Einleitung der Strafverfahren den Schöffengerichten zur Aburteilung zugewiesen und somit diese in erheblichem Maße überbürdet. Während in den früheren Jahren die Schöffengerichte nur zweimal in der Woche ihre Urtheile abtheilten, finden dieselben jetzt regelmäßig dreimal in der Woche statt, und ist der Vorsitz in den Mitteltagen den hiesigen Amtsgerichten I beschaffigten zahlreichen Gerichts- und Strafkammern übertragen. Jetzt reicht auch dieser Bebehel nicht mehr aus, von der nächsten Woche ab ist ein Hilfschöffengericht für den 27. Abtheilung errichtet worden, welches vorläufig des Vorsitzes, Donnerstags und Sonnabends unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des hiesigen Schöffengerichts für die Dauer von sechs Wochen tagen wird. Später wird sich wahrscheinlich die Einrichtung eines Hilfschöffengerichts als notwendig erweisen. Auch eine Staatsanwaltschaft ist in die Nothwendigkeit versetzt, immer mehr Hilfskräfte heranzuziehen; die Zahl der dikatorisch beschaffigten Hilfsarbeiter beträgt zur Zeit sechs.

Die Privat-Beleidigungs-Klage des russischer Bergbauingenieur den Redakteur Schütte gelangte vor dem hiesigen Schöffengericht Nr. 24 zur Verhandlung. Der dieser Klage zu Grunde liegende Thatbestand ist kurz folgender. Drey war ein Mitglied des Vereins Berliner Droschkenkutscher und wurde als Vorsitzender der alten Kutscherklasse (Schönhauserstr.) für welche Mitglieder zu werden er sich anzuzeigen sein, am 27. August v. J. fand man im „Deutschen Kaiser“ eine allgemeine Kutscher-Versammlung zur Besprechung des

Krankensicherungsgesetzes statt in welcher Herr Schütte referirte und für den Beitritt zur Nationalen Kutscherklasse plaidirte. Im Laufe der Debatte machte er auch die Mitteilung, daß ein Vorstandsmittglied des Vereins Berliner Droschkenkutscher wegen stützgebader Unregelmäßigkeiten aus demselben ausgeschlossen sei. Herr Drey demnächst sich selber als dieses Vorstandsmittglied und strengte gegen Schütte die Privatklage an, behauptend, derselbe habe ihn öffentlich der Unterschlagung bezichtigt. Da Kläger in dem Verhandlungs-termin die Unregelmäßigkeiten einräumte und durch Zeugen nicht erwiesen werden konnte, daß die Behauptung des Klägers, betr. die Unterschlagung, richtig, so zog Kläger auf Anrathen des Rechtsanw. Dr. Friedmann seine Klage zurück, in Folge dessen auch Herr Schütte sich veranlaßt sah, seine ethobene Widerklage zurückzunehmen.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Drechsler, Knopfaber und verwandten Berufsgenossen hielt am Dienstag, den 23. d. M., in Keller's Gesellschaftssälen eine zahlreich besuchte Versammlung ab. Der Buchbinder Herr Michelsen hielt einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Organisation“. Derselbe erläuterte in längerer Rede, daß im Mittelalter die Innungen viel zur Organisation der Arbeiter beigetragen und dieselben hauptsächlich dafür sorgten, daß gute und reelle Arbeit geliefert wurde, wozon verschiedene Kunstwerke älterer Zeit bezeugen Zeugnis ablegten. In jetziger Zeit verschwinde der sogenannte Mittelstand mehr und mehr und die gesamte Fabrikation gehe immer mehr in die Hände einzelner Großkapitalisten über. Von einer Ueberproduktion könne eigentlich heute kaum die Rede sein, solange nicht die notwendigsten Lebensbedürfnisse sämtlicher Arbeiter gedeckt seien. Daß es jetzt aber dem Arbeiter an den allernotwendigsten Bedürfnissen noch fehlt und daß der Lebensunterhalt derselben durchaus ungenügend ist, beweist schon die statistische Sterblichkeitsziffer der Arbeiter. Pflicht jedes Arbeiters sei es, durch Anschluß an die bestehenden Organisationen dahin zu wirken, daß jeder Arbeiter den Nutzen an der erzeugten Arbeit habe. Es sei aber auch unbedingt notwendig, daß sich beide in Berlin bestehende Vereine der Drechsler und Berufsgenossen zu einer großen Organisation vereinigen, und freue er (Referent) sich, daß dies schon in einer am Sonntag stattgefundenen Versammlung angebahnt sei. An der sich diesem Vortrage anschließenden Diskussion beteiligten sich in demselben Sinne die Herren Weiskopf, Schrader, Ehler, Drey und Schade. Als darauf in seinem Schlusswort der Referent den Ausspruch Heinrich Heine's: Wir wollen auf Orden glücklich sein und wollen nicht mehr darben, u. s. w. zitierte, löste der überwachende Polizeikommissar die Versammlung auf Grund des § 9 des Vereinsgesetzes auf, worauf die Anwesenden in aller Ruhe den Saal verließen.

Die Delegirten zur Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Tischler und Pianoorte-Arbeiter (Arbeitnehmer) waren am Mittwoch unter Vorsitz des Herrn Schmitz in Seefeld's Salon, Grenadierstr. 33, versammelt. Es wurde zunächst ein ständiges Bureau für die Delegirtenversammlung der Arbeitnehmer gewählt und zwar die Herren Schmitz und Schüge zu Vorsitzenden; Furchbar und Arnold zu Protokollführern. Herr Schmitz legte zunächst klar, wie die Orts-Krankenkasse beinahe bei den Tischlern Berlins in Vergessenheit gekommen wäre, wenn nicht das Reichsgesetz gekommen wäre, und somit der alte Vorstand gerettet wurde, auch mit den Mitgliedern wieder mal ein Wort zu sprechen. Nun habe man ja von den neu gewählten Vorstands-Mitgliedern einige Personen nicht befristet, dieses schade durchaus nichts, wenn die Kassennmitglieder nur den Muth zeigen würden auch weiter für ihre Rechte einzutreten. Wenn auch von den Herren Arbeitgebern darauf gepocht würde, bei der Wahl des Kandidaten und Mitglieder auch dasselbe Recht zu haben wie die Kassennmitglieder, so könnte man doch auf die Wünsche des Herrn Vorstandes in der letzten Generalversammlung nicht eingehen. Unter keinen Umständen dürften die Arbeitnehmer ihre bisherigen Rechte aus den Händen geben. Der provisorische Vorstand habe beantragt, einen vierten Kassierer zu wählen, auch er, Redner schließt sich dieser Ansicht an, denn die Kasse würde dadurch nicht geschädigt, sondern verbessert. Redner empfahl dringend, bei den Kassirern genau darauf zu achten, daß nur solche Männer gewählt würden, die des Interesse der Kasse nicht nur im Munde hätten, sondern durch die That beweisen. Es beteiligten sich mehrere Redner an der Diskussion. Herr Hubert empfahl dringend die Wahl eines 4. Kassirers, auch alle anderen Redner waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, nur Herr Zinkler trat gegen die Ansicht der Redner auf und empfahl, mit den Meistern Hand in Hand zu gehen und auch für die Wiederwahl der alten Kassirer wieder einzutreten, weil einer derselben schon alt und grau geworden sei. Die Versammlung beschloß, an den früher aufgestellten Kandidaten mit Ausnahme eines einzigen festzuhalten, denn sie richten sich nur nach Thaten, und wurde von den früheren Kandidaten Herr Poul gestrichen, an dessen Stelle Herr Schüp ausgesucht. Die Kandidaten als Kassirer sind demnach folgende: Schröder, Eichendorffstr. 14; Schmidt, Andreasstr. 78; Staps, Eißendorffstr. 76; als eventuelle 4. Kassirer wurde Herr Richter, Stallschreiberstr. 13 (nicht der jetzige Kassierer Richter) ausgesucht.

Charlottenburg, 25. Februar. Am Montag, den 22. d. M., fand hier eine öffentliche Versammlung der Bürger und Arbeiter unter Vorsitz des Herrn Wüde statt. Herr Christensen aus Berlin hielt einen Vortrag über „Higiene und sanitäre Einrichtungen“. Der Referent legte in seinem Vortrage die Ursachen sowie die Entwicklung der Verhältnisse in der heutigen Gesellschaft klar, und gelangte woburd der Arbeiterstand so heruntergekommen sei. Redner erläuterte ferner, wie der Arbeiter sich nur durch festes Zusammenhalten ein menschenwürdiges Dasein schaffen könne. An der Diskussion beteiligten sich u. A. die Herren Gebhr, Schacht, Bressel, Wüde, Nieder. Die Errichtung von Sanitätswachen, Badeanstalten und sonstigen Bedürfnisanstalten bildete den Mittelpunkt der Debatte. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten, wobei derselbe zum Eintritt in den Arbeiterverein von Charlottenburg ermahnte, wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1. Die heute in Charlottenburg, in Wüde's Salon tagende öffentliche Versammlung zahlreicher Bürger und Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und verpflichtet sich, für die Besserstellung der Arbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden geselligen Mitteln nach Kräften zu wirken. — 2. Die Versammlung beauftragt die am 20. November 1885 gewählte Kommission zur Förderung städtischer Interessen mit der Abfassung einer Petition an den Magistrat und die Stadterordneten-Versammlung betr. Errichtung einer Sanitätswache und einer Volksbadeanstalt. Erst nach 12 Uhr wurde die zahlreich besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch geschlossen.

a. Eine von ca. 400 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung, in welcher der Herr Reichstagsabgeordnete Wagnisch über das Branntwein-Monopol referiren sollte, aber am Erscheinen durch Krankheit in seiner Familie verhindert war und an dessen Stelle der Reichstagsabgeordnete Frohme das betreffende Referat übernahm, fand am 25. d. M. unter dem Vorsitz des Buchdruckers E. Bley in Donath's Salon, Alt-Moabit 89/90, statt. Redner erzielte für seinen höchst interessanten Vortrag, in welchem er sich gegen das Branntwein-Monopol aussprach, lebhaften Beifall. Der nächste Redner, Herr Maler Seefeld, führte aus, man sollte lieber eine Luxussteuer einführen, als dem armen Manne die notwendigsten

Lebensmittel zu verschauern, welchen Ausführungen die Versammlung zustimmte. Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an: „Die am 25. Februar von circa 400 Personen besuchte öffentliche Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Herrn Frohme vollständig einverstanden und überläßt es der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage, dagegen nach besten Kräften Stellung zu nehmen.“ Nach Beendigung zweier Anfragen, welche Herr Frohme beantwortete, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Herr Dr. med. Dod aus St. Gallen, der bekannte Gesundheitslehrer und auch als Redner überall beliebte ärztliche Leiter der Kuranstalt „Obere Wald“, hält seinen letzten hiesigen Vortrag am Sonntag, den 23. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Dorotheenstädtischen Kasino, Dorotheenstraße 57, über das Thema: „Die naturgemäße Lebensweise in ihren Beziehungen zum Leben und Leiden der Menschen“. Herr Dod wählte den Sonntag zu seinem Vortrage, um auch den Arbeitern, welche an den Wochentagen gezwungen sind, dem Broterwerb nachzugehen, Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse bezüglich einer vernünftigen Gesundheitspflege zu erweitern. Dieser Hinweis dürfte wohl genügen, dem Vortragenden eine stattliche Zuhörerschaft zuzuführen. Nach dem Vortrage, zu welchem Jedermann freien Zutritt hat, findet freie Diskussion statt und erfolgt Beantwortung aller (auch schriftlichen) Fragen von allgemeinem Interesse.

Generalversammlung der Puffer Berlins und Umgegend am Sonntag, den 23. Februar, Vormittags 10 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alie Jakobstr. 37. Tagesordnung: 1. Wahl der Delegirten zum Kongress deutscher Maurer. 2. Bericht über die am 21. d. M. stattgefundene Verhandlung mit den Meistern. 3. Verschiedenes.

Handwerker-Verein der Pausenstadt. Heute Abend im Vereinslokal Schultzei (Restaurant F. Specht), Neue Jakobstr. 24, Vortrag des Lehrers Herrn W. Pfander über „Die Berufstätigkeit der Arbeiter und Handwerker, ihre Gefahren und die Mittel zur Beseitigung derselben, vom hygienischen Standpunkt aus beleuchtet.“

Fachverein der Berliner Werkzeugmacher. Sonntag, den 28. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Eichholz, Köpenickerstraße 158, erste Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Ausgabe der Statuten und Quittungsbücher. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Sämmtliche Mitglieder des Arbeiter-Bezirks-Vereins des Westens werden ersucht, am Sonntag Vormittag zur gemüthlichen Zusammenkunft sich einzufinden. Die Bibliothek steht zur Verfügung.

Tischler-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Kottbuserstraße 4a: Vortrag, sowie Mittheilungen über die vom Vorstand eingereichten Statuten.

In der freireligiösen Gemeinde spricht am Sonntag Vormittag 10 Uhr, Kottbuserstr. 35, Frau Wilhelm-Henrichs über das Glück des Lebens und den Tod. Zutritt steht Jedem frei.

Fachverein der Schneider. Montag, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratzell's Bierhallen, Kommandantenstraße (oberer Saal) Versammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsabrechnung. 2. Vortrag über religiöse Gottesbildung als Grundlage der Moral. Referent Schuhmachermeister Herr Meyer. 3. Berichte einiger Kommissionen. 4. Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder zum Verein und Buchdruckerei.

Maschinenmeister der Buchdruckerei Berlins. Sonntag, den 28. Februar, Vorm. 11 Uhr, allgemeine Versammlung in Schultzei's Brauerei Ausschank, Neue Jakobstraße 24/25. Tagesordnung: 1. Besprechung über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. 2. Wie stellen sich die Maschinenmeister Berlins zu der in ganz Deutschland bevorstehenden Bewegung behufs Regelung der Lohnfrage. 3. Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter. Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Gratzell's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79 (untere Säle). Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Hans Vand über: „Die Werthschätzung des Menschen in unserer Zeit“. 2. Unterstüzungsgesuche und weitere Besprechung der Arbeitslosen-Unterstützungskasse. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Große öffentliche Versammlung der Tischler am Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Keller's Salon, Andreasstr. 21. Tagesordnung: 1. Lohnfrage. Zweck und Ziel der Faktokommission und die Nothwendigkeit der statistischen Fragebogen, und wie stellen sich die Tischler zu dieser Frage. Referent W. Schmitz. 2. Verschiedenes. Die Mitglieder sämtlicher hiesigen Tischlervereine sind hierzu besonders eingeladen.

Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Große öffentliche Versammlung sämtlicher Branchen, als: Maschinenbauer, Särter, Klempner, Schlosser, Hobler, Stofer, Forner, Bießer, Dreher, Mechaniker, Uhr-Instrumentenmacher, Bießeure, Graveure, Stempelschneider, Schleifer, Weyer, Schmittarbeiter, sowie sämtlicher Hilfsarbeiter etc. am Sonntag, den 28. d. M., Vormittags 11 Uhr, im Louisenstädtischen Theater, Dresdenerstraße 72-73. Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Berliner Metallarbeiter zur Gründung einer Arbeitslosen-Unterstützungskasse. Referent Herr Oskar Krohm. 2. Eventuelle Wahl einer Statuten-Berathungs-Kommission.

Kleine Mittheilungen.

Krusberg (Westfalen), 24. Februar. (Kessel-Explosion.) Montag Morgen noch vor Beginn der eigentlichen Arbeitsschicht explodirte auf der „Hüfener Gewerkschaft“ ein Dampfessel und zertrümmerte einen daneben stehenden zweiten Kessel. Die austretenden Dämpfe und herumgeschleuderte Eisenstücke brachten in der Nähe beschäftigt an Arbeiter tödliche und lebensgefährliche Verletzungen bei. Ein Arbeiter wurde erst mehrere Stunden später als Leiche unter den Trümmern herangezogen, ein zweiter wurde stark verbrüht, so daß er in der höchsten Lebensgefahr schwebt, und mehre andere wurden geringer verletzt oder verbrüht. Die verletzten Arbeiter hatte in der Nacht die am Sonntage kalt gestellten Kessel angefeuert. Hätte sich das Unglück später zugezogen, so wäre sicher eine weit bedeutendere Anzahl von Menschen verlegt worden.

Weimar, 24. Februar. Die Schreckensstunde von einem Doppelmorde durchlebte heute Abend unsere Stadt. Der an Ort und Stelle ausgesprochene Thatbestand ergab leider die volle Wahrheit des Gerüchtes, indem der Schuhmacher Köhmer seine beiden Kinder, ein Mädchen von 4 Jahren und einen Knaben von 2 Jahren, mit einem Beil erschlagen hatte. Der Mann selbst wurde ebenfalls mit schwerer Kopfwunde im Zimmer liegend vorgefunden und wurde sofort in das Krankenhaus übergeführt. Als Beweggrund zu der schrecklichen That wird zur Zeit eine augenblickliche Geistesstörung des Mannes angenommen.

Rom, 23. Februar. (Großer Unglücksfall.) Bei einem Neubau vor der Porta Pia in Rom stürzte vom fünften Stock ein Gerüst herab und ritz vierzehn Arbeiter mit, von denen dreizehn tödtlich verstimmt wurden und sofort todt blieben. Einer blieb fast unverletzt, hat aber die Sprache verloren.

Paris, 25. Februar. In der Kammer der Deputirten gab bei Eröffnung der heutigen Sitzung ein Mann von der Tribüne aus zwei Revolverkugeln in die Luft ab und warf einen Brief in den Saal. In die Quästur geführt, gab der

Mensch an, daß er an Clemenceau geschrieben habe und daß dieser wisse, was dies zu bedeuten habe. Der in den Saal hinabgeworfene Brief war an Clemenceau adressiert und wurde von diesem alsbald dem Präsidenten Floquet ausgehändigt. Wie sich weiter herausstellte, war der Revolver, obgleich in die Luft abgeschossen, doch geladen gewesen, denn eine Kugel wurde in dem Halbrund des Saales am Boden aufgefunden. Der Urheber des Auftritts hat auf Befragen erklärt, daß er die Aufmerksamkeit der Regierung auf seinen Prozeß habe lenken wollen, welcher neue Einzelheiten über die Kapitulation von Metz und die Anwesenheit deutscher Espione in der Armee enthüllen werde. Der Mann heißt Bionnier und ist 35 Jahre alt.

Letzte Nachrichten.

Ein neuer Streik ist in Decazeville in Folge weiterer Lohnherabsetzung seitens der Grubengesellschaft ausgebrochen.

Der schwedische Reichstag hat für Entschädigung unschuldiger Verurtheilter die Summe von 100 000 Kronen bewilligt. Es wäre empfehlenswerth, wenn andere Staaten bald nachfolgen würden.

Der schweizerische Konsul in S. Louis hat neuerdings eine Warnung vor der Auswanderung nach Amerika erlassen. In seinem die Staaten Missouri, Kansas, Nebraska und den südlichen Theil von Illinois umfassenden Konsularbezirk sind laufende von dem Lande und der Sprache Kundigen ohne Beschäftigung, so daß für neue Anstellungen nicht die geringste Aussicht auf ein Unterkommen vorhanden ist. Nicht besser soll es in den anderen Staaten ausfallen.

Sir Charles Dille wird sich in Sachen des Crawford'schen Scheidungsprozesses noch einmal vor den Schranken des Gerichts zu verantworten haben. Wie verschiedene Londoner Blätter melden, hat der Gerichtshof, dem es obliegt, in Scheidungsprozessen zu interveniren, falls in dem ergangenen Erkenntniß eine Ungerechtigkeit vermutet wird, beschloffen, den Crawford-Dille'schen Scheidungsprozeß vor sein Forum zu ziehen.

Im englischen Unterhause kam auch das zur Revolte auffordernde Vorgehen des Lords Randolph Churchill zur Sprache. Childers, der Minister des Innern, wurde nämlich gefragt, ob er Churchill wegen der von demselben in Ulster gehaltenen ausföhrlichen Reden in Anklagezustand versetzen würde. Childers verneinte dies, worauf Eglon anknüpfte, er würde demnächst ein Tadelvotum gegen Churchill beantragen. Churchill will den Premier ersuchen, den Termin für die Debatte bald anzuberaumen. — Der Staatssekretär für Schottland, Trevelyan, brachte das Gesetz, betreffend die schottischen Kleinbauern, heute ein. Dasselbe schlägt eine feste Pacht, die Feststellung eines billigen Pachtsinss, Entschädigung für vorgenommene Verbesserungen und Erweiterung der Pachtgüter mittels obligatorischer Verpachtung vor. Das Gesetz wurde in erster Lesung genehmigt.

In London fand, wie der „Postischen Zeitung“ telegraphirt wird, ein Arbeiter-Diner zu Ehren der Arbeitervertreter im Parlament statt. Als der Vortragende, Lord Hobhouse, den Toast auf die Königin ausbrachte, entstand lautes, anhaltendes Getöse. Es wird über vermehrt, daß der Generalanwalt Russell und Brodburgh (Unierstaatssekretär im Ministerium des Innern), welche zugegen waren, die Tafel nicht sofort verlassen.

Im Senate zu Washington wurde von dem Senate Edmunds ein Gesetz vorgeschlagen, welches verlangt, daß die zur Ausfuhr bestimmte Fleisch einer Unterzeichnung unterworfen werde, daß die Einfuhr verfälschter Lebensmittel und Getränke verboten und der Präsident ermächtigt werde, sofern er überzeugt sei, daß andere Staaten den amerikanischen Erzeugnissen eine ausnahmsweise und unbillige Behandlung zu Theil werden lassen, die Einfuhr aus diesen Ländern zu unterlagen.

Briefkasten der Redaktion.

S. S. 80. Wenn die von Ihnen gemieteten Geschäfte mit Wohnung nicht bis zum 1. April in demobilitären Zustand gesetzt sind, müssen Sie andere Räumlichkeiten mieten. Die Erben Ihres inzwischen verstorbenen Vermieters sind Ihnen aber zum Schadenersatz verpflichtet, da der Tod des Vermieters den Mietkontrakt nicht auflöst.

Alter Abonnent. Der Beweis, daß die beleidigende Karte von der Ihnen verdächtigen Person herrührt, kann durch Handschriftenvergleichung geführt werden. Die Gleichzeitigkeit ist aber nicht zulässig.

S. S. 1. Wenn Ihr Rechtsanwalt die Klage eigenmächtig jurisdigentlich angenommen hat, so haftet er für den daraus entstehenden Schaden. Die Sache wird aber wahrscheinlich ausschließlich geurteilt sein, so daß Ihnen durch die Klagerücknahme nur Kosten erspart sind. 2. Wenn Sie zur Tragung der Kosten verurtheilt sind, kann der gegnerische Anwalt seine vom Gericht festgestellten Gebühren und Auslagen von Ihnen betreiben, auch wenn Ihnen das Armenrecht bewilligt war.

Fischer, Dorotheenstr. Die Zahlstelle befindet sich Belle-Allianceplatz 6 bei Fischer.

Theater.

Sonnabend, den 27. Februar.
Opernhaus. Keine Vorstellung. Sechste Symphonie Solrde der Königlich-kapelle.
Schauspielhaus. Till, Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.
Deutsches Theater. Der Königsleutnant.
Königliches Theater. Alfred's Briefe.
Residenz-Theater. Hum. 1. Male: Herr Godin und seine Töchter. Vorher, zum 1. Male: Der zündende Funke.
Belle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Romantische Operette in 4 Akten von Reihac und Saleoy.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Rigeunerbaron, von Joh. Strauß.
Wallhalla-Theater. Das lachende Berlin. Fortsetzung aus der Berliner Theatergeschichte mit Gefang und Lang in einem Lustspiel und 3 Akten von Jakobson und Wilten.
Königsstädtisches Theater. Abrocadabra.
Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
Victoria-Theater. Däumling.
Wend-Theater. Der Graf von Monte Christo. Schauspiel in 3 Akten nach Alex. Dumas von Dr. Carl Schmidt.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kantmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 16. [620]
Heute:

Extra-Vorstellung

zum Besten der Familie des am 8. Februar bei dem Ueberfall in der Schillingstraße schwer verletzten Kellners

Frohmann.

Zum 1. Male:

Das Haideprinzchen.

Vollschauspiel in 4 Akten von Ad. Oppenheim. Neu bearbeitet von Hugo Basse.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wens haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe, 9 u. Morg. bis 10 u. Ab. [640]
Kaiser-Panorama.
In dieser Woche: Türkei, Griechenland, Dänemark, Schweden, Norwegen. Bertha-Reise. Carolinen-Inseln u. eine Reise 20 Bl., Kinder nur 10 Pf. Abonnements.

Dankagung.

Allen lieben Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Verein, sagen für die liebevolle Theilnahme an dem Begräbnisse ihres Mannes und Vaters ihren herzlichsten Dank [824]
Wittve Grzywiez und Sohn.

Am 24. d. Mts. verstarb nach langem Leiden unser Kollege, der Steinbruder

Hermann Erk,

im 41. Lebensjahre. Sein Andenken wird unter uns in Ehren bleiben. [825]

Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes, Brieger Chaussee, aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß die Wittve Pastor geb. Knopf am 25. d. Mts., früh 6 Uhr, an Altersschwäche verstorben ist. [819]

Die Beerdigung findet auf dem neuen Thomaskirchhofe, Brieger Chaussee, von der Leichenhalle aus, daselbst Sonntag, den 28. d. Mts., Nachm. 3 Uhr, statt.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Sämmtl. gedr. Buchbinderhandwerk, nebst vorzögl. Handvergoldeneinrichtung sehr bill. u. verl. Näheres Straußbergerstr. 10, Ronditorei. [822]

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren

eigener Fabrik von eigener Fabrik

C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Strasse Nr. 130,

dicht an der Friedrichstraße.

empfehlte sein Lager aller Arten Möbel und Polsterwaaren zu streng soliden Preisen. [814] Theilzahlungen gestattet.

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwoll-Waaren zu außer-gewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt

sehr viel billiger

- Hemdentuche in guter Qual., ohne jede Appretur, 1/4 breit Mtr. 30—40 Pf.
- Ranforec eine feinfädige Waare, hübsch dicht gewebt, 1/4 breit Mtr. 40—45 Pf.
- Cretonne fort fein u. rundfäd., sow. i. d. Halbark. Mtr. 50 Pf.
- Shirting in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 25 u. 30 Pf.
- Chiffons ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 30 u. 35 Pf.
- Gutes Hausmacherleinen jetzt Mtr. 40 u. 45 Pf.
- Gutes breit. Hausmacherleinen für Damen Mt. 1 Mk.
- Gute Küchen-Handtücher in grau und weiß, 1/2 Dyd. Badung 2 Mk.
- Gute Stuben-Handtücher in 1/2 Dyd. 2 1/2, 3, 3 1/2 Mk.
- Echtes gut. Bettzeug Neueste Berl. Muster, 1/4 br. Mtr. 35 u. 40 Pf.
- Rosa und gestreifte Julets Mtr. 50 u. 60 Pf.
- Drillidje, ganze Bettbreite Mtr. 75 Pf.
- Tischgedecke mit 12 Servietten, mit 6 Servietten 4 1/2 Mk.
- Einzelne Tischtücher für 1 Mk.
- Einzelne Servietten für 30 Pf.
- Leinene Taschentücher 1/2 Dyd. Badung 1, 25, 1, 50, 1, 75, 2 Mk.
- Möbel-Cattune, vollständig waschecht, Mtr. 30 u. 40 Pf.
- Teppiche in allen Qualitäten und größere 4, 5, 6, 10 Mk.
- Waschechte Hauskleiderstoffe Mtr. 30 u. 40 Pf.
- Wollene Kleiderstoffe in sehr gr. Auswahl Mtr. 35 u. 45 Pf.
- Schwarze rein wollene Cachemirs sehr tolle Qualitäten Mtr. 1, 1, 25, 1, 50, 1, 80, 2 Mk.
- Regen-Mäntel in sehr großer Auswahl 10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf von Nesten und einzelnen Stoben.

Sielmann & Rosenberg,

Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Die Nr. 26 des

„Wahren Jakob“

ist erschienen und in der Expedition, Zimmerstraße 44, zu haben. [820]

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren

eigener Fabrik von C. Hertel, Tischlermstr., Linienstr. 130, dicht a. d. Friedrichstr. Große Auswahl

und ganze Zimmer-Einrichtungen

wirklich reeller und guter Möbel, in Nußbaum und Mahagoni, Garnituren in Blausch, Rips und Bantastoff. Stoffe liegen zur Auswahl bereit. [815]

Theilzahlung gestattet.

Arbeitsmarkt.

Zwei tüchtige Formmachersellen auf Scheenarbeit verl. E. Voigt, Gitschinerstr. 91. [823]

Die Zeitungs Expedition

von J. B. Schmidt Nachf.,
O., Andreestr. 78,
empfehlte sich zur pünktlichen Besorgung sämtlicher Zeitungen, Zeitschriften und Journale, insbesondere des „Berliner Volksblatt“. [813]

Große Volks-Versammlung

Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Tages-Ordnung:
Das Wahlfest. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Wilh. Liebschütz. [817]

Unserm Freund und Kollegen Adolf Zähler zu seinem heutigen Wegensfeste die herzlichste Gratulation und ein donnerndes Hoch, daß der ganze Rottbusser Damm wackelt. [823]

H. B. H. T.

Der Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter zur Nachricht, daß der

Wiener Maskenball

am Sonnabend, den 6. März, in den eleganten erleuchteten Räumen der

Philharmonie,

Bernburgerstraße 22—23a, stattfindet. [818]

Die 60 Bsp. sind bei den Vorstandsmitgliedern, sowie bei Stramm, Skaligerstraße 18, und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

An der Kasse findet ein Verkauf von Eintrittskarten statt.

Auch werden sämtliche Inhaber von Bausche-Billetts ersucht, die überzähligen so schnell wie möglich zurück zu geben, da sie sonst als verkauft gelten.

Der Vorstand

Fachverein der Drechsler, Anoplarbeiter und Berufsgenossen.

Am Dienstag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Säger's Salon, Grüner Weg Nr. 2, L.-D.: Vortrag, Diskussion. Siehe nachh. Heft in der heutigen Nummer. [818]

Der Vorstand

Große Mitglieder-Versammlung

des Fachvereins der Former und verw. Berufsgenossen

am Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Salon zum Deutschen Kaiser, Poststraße 37. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bahn. 2. Diskussion. 3. Wie stellt sich der Verein zur Fremdenliste. 4. Beschlüsse und Fragelasten. Gäste willkommen. [821]

Der Vorstand

General-Versammlung

der Kranken- u. Begräbnisk. d. Berl. Schmiede und Berufsgenossen (E. G.)

am Sonntag, d. 7. März, Vormittags 10 Uhr, in Habel's Salon, Kommandantenstr. 71—73.

Tages-Ordnung: 1. Statutenänderung der §§ 4, 5, 7, 11, 18, 19, 24, 29. 2. Antrag wegen Einsetzung eines vierteljährlichen Extra-Bertrags zum Zweckfonds. 3. Verschiedenes. Das Referat wird legittimirt. [803]

Der Vorstand

Die Mitglieder des

Arb.-Bez.-Verein im Westen Berl.

versammeln sich zum Frühstücken am Sonntag, den 2. März, Vormittags 10 Uhr, in Habel's Salon, Kommandantenstr. 5. [813]

General-Versammlung

der

Unser Berlins u. Umgegend

am Sonntag, den 28. d. M., Vorm. 10 Uhr, im Konigsst. Konzerthaus, Alte Salomonstr. 10.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Kongress deutscher Maurer. 2. Bericht über die Tätigkeit der Meister. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Große öffentliche Versammlung

der

Steinträger Berlins

und Umgegend

am Sonntag, den 28. Febr., Vorm. 10 1/2 Uhr, in Habel's Brauerei, Soarbräckerstr. 5/7.

Tages-Ordnung:
1. Zweck und Ziele der Fachvereine. 2. Vortrag des Herrn Jens Christensen. 3. Verschiedenes.

Achtung! Achtung!

Den Mitgliedern des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung nicht heute, sondern morgen, Sonntag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, stattfindet. [818]